

# Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbau-  
industriearbeiter Deutschlands

**41. Jahrgang • 1929**



Druck von B. Bannmann & Co., Bochum

# Inhaltsverzeichnis für das Jahr 1929

## Allgemeine Artikel

	Seite		Seite		Seite
Nachener Bergbaues, Aus der Geschichte des	322	Freiheit — Gleichheit — Eigentum (Dentert)	34	Mansfelder Bergbau, Ueber 700 Jahre	346
Abfchreibungen	105	Freistellung von der Arbeit, Ueber	355	Martin Rexö	202
Agrarfrage und Gewerkschaften	402	Fünfjahresplan in Rußland	402	Maschinisierung und Arbeiterschutz	177
Akkord	173	Gasvergiftungen in Duisburg	98	Mehr Gemeinwirtschaft (Reichskohlenratsitzung vom	121
Alfred Plel, Was ... meinte	377	Gas und Wasser (Ausstellung Berlin)	131	10. April 1929)	166
Amerikanische Löhne für Europa	226	GEW., Fleischwarenfabrik der ... in Oldenburg	38	Mehr Schutz gegen Gesteinstaub	90
Arbeiterbank, Aufstieg der	104	Gegen die gewerkschaftliche Machtstellung	218	Mensch und Wirtschaft	355
Arbeiterbank und Beamtenbanken	397	Gekündigte, Was hat der ... zu tun?	215	Mensch im Wirbel der Maschine	11
Arbeiter und Weltwirtschaft	379	Gemeinschaft mit den Unorganisierten	37	Neue Aussichten	418
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	309, 390	Gemeinwirtschaftliche Ferngaspolitik	242	Neujahrswünsche der Industriellen	51
Arbeitslosenversicherung, Kampf um die	254	Genossenschaften und Völkerbund	192	Neuartiger Wirtschaftsfrieden (Gegen Klönne)	300
Arbeitslosenversicherung, Streit um	290	Geschichten vom bösen Sochem	353	Oberschlesien, Zahlen aus dem Bergbau in	390
Arbeitslosenversicherung, Der Endkampf um die	338	Gesteinstaubgefahr	381	Oberschlesischen Bergbau, Arbeiterfragen im	418
Arbeitslosenversicherung, Die	395	Gewerbehygiene, Tagung der Gesellschaft für	340	Öffentliche Wirtschaft und Korruption	137
Arbeitslosigkeit und Verbrauch	210	Gewerkschaftsarbeit und Lebensdauer	149	Organisierter Klassenkampf oder revolutionäre Phrase?	290
Arbeitsordnung, Strafen nach der	390	Gewerkschaften als Kartelle	122	Organisierte Wirtschaftsfreiheit	300
Arbeitsphysiologie	371	(Grundfähliches vom Arbeitsrecht	190	Ortsälteste, Der	421
Arbeitsrichter, Entschädigung für	355	Großfunkstation Nauen	173	Ostelbische Bergbau, Der	207
Arbeiterschutzgesetzentwurf, Der neue	43	Gutes Braunkohlengeschäft (Bitterfeld)	221	Premienfrage, Lösung der	401
Arbeitszeitverkürzung und Ueberstunden	242	Haag und die Wirtschaft	298	Politischen Lohn, Märchen vom	374
Arno Hölz zum Gedenken	370	Hansa-Kanal und seine Bedeutung	347	Polnische Kohle für Deutschland	19
Asphalt, Erdwachs, Teer, Pech	387	Hauptkassenbericht für 1928	000	Preisfenkung gegen Lohnforderung	327
Aufruf an Verbandsmitglieder gegen Kommunisten	65	Helfst den Alkoholkranken!	184	Problem der Ermüdung	221
Aus dem Reiche der Bergbautechnik	73	Helfst Unfälle verhindern!	57	Prozess gegen „Ruhr-Echo“	37
Auslandsabsatzes, Die Frage des	165	Heran an den Feind!	5	Revierprämien, Um die ... im Bergbau	3
Ausländischer Bergbau (Chile, Kanada, China)	250	Hibernia und Reddinghausen, Geschäftsabschluß von	193	Reparationskonferenz, Was bringt die neue	155
Austausch junger Arbeiter, Deutsch-französischer	7	Höhe des Volkseinkommens	379	Rosterg als Helfer der Wirtschaft	162
Aus Vermutung macht man Verleumdung	410	Hugenberg, Gewerkschaften gegen	345	Nationalisierung der Klassenherrschaft	226
Bankriege, Der neue	339	Hufemann über Wirtschaftslage	33	Nichtlinien für die Wirtschaftspolitik des IGW	225
Bergarbeitsgesetzes, Zum Entwurf eines	89	Hufemann über Kohlenwirtschaftsfragen	194	Reparationstheorien der Rhein-Ruhr-Industriellen	221
Bergarbeiterbesch, Reaktion gegen	370	Hausagitation	362	Rheinisches Braunkohlensyndikat	210
Bergarbeiterbesch, Im Kampf um den	413	Internationale Arbeitszeitregelung	186	Rekordgewinne in der Kaliindustrie	113
Bergarbeiter und Abbauhämmer	181	Internationale Kohlenregelung (Unsere Stellung)	41	Reichsverband der deutschen Industrie, Tagung des	307
Bergarbeiterrevolten 1889 in Niederschlesien	173	Invaliden, Die Belastung der	339	Schieferbergbau, Stilllegung im	21
Bergbau und Grubensicherheit (Steiger Mang)	59	Invalidenunterstützung im Verband	50	Schlechte Beispiele verderben gute Sitten	17
Bergbau und Grubensicherheit	66	Ja, ja, gleich (Unfallwarnung)	59	Schlichtungswesen, Nicht Reform, sondern Ausbau des	41
„Bergknappen“, Dem ... ins Stammbuch	314	Jahrbuch, Unser	343	Schlichtungswesen, Unsere Einstellung zum	62
Bergmannsagen, Allerhand	386	Jahreswechsel, Zum	417	Schlichtungswesen, Theorie und Praxis der Unternehmer	154
Bergmannsiedlung, Neues Gesetz über	397	Jubiläumnummer	257—272	Schlichtungswesen und Sozialpolitik	386
Berichtigung Mansfeld A.-G.	15	Jubiläumsschrift an der Ruhr	273	Schweißverfahren im Bergbau	232
Betriebsrätemahlen, Bedeutung der	43	Jubiläumsschrift in Niederbiele	286	Selbsttätige Feuerungsregelung bei Treppenschiffen	183
Berufsausbildungsgefes	219	Jubelfeier in Lachen, Nordhausen, Holzweißig, Zeiß, Wal-	294	Sind die deutschen Arbeiterlöhne überspannt?	195
Berufsliebe des Bergmanns einst und jetzt	235	denburg und Zwickau	310	Soziale Reform, Forderung der Arbeitgeber an die	26
Betriebsrätemahlen, Die Vorbereitung der	35	Jubelfeiern in Nordhausen, Schaumburg-Lippe, Egeln, Sal-	377	Soziales Dumping und Schutzzölle	202
Bildungsarbeit und Pflege des Ideals	52	zungen und Weuna	377	Sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung	233
Bildung?	419	Jubilaumsfeiern, Nach den	18	Sozialistische Kulturtag	218
Braunkohlenbergbau, Die Entwicklung im ostelbischen	306	Judenverfolgung in Rußland	293	Sozialpolitische Flickarbeit	330
Braunkohlenbesitzer, Die armen linksrheinischen	305	Jugend und Beruf	5	Sozialpolitik, Die Bedeutung der	173
Braunkohlenferngas?	23	Kalimagnat, Der selbstlose	90	Sozialversicherung oder -spartassen?	317
Braunkohlengelder für Buttschiffen	369	Kapitalbildung	205	Spartmittel der Arbeiterbank, Alle	187
Berufsausbildungsgefes, Das	403	Kapitalbildung, Weg zur	27	Sperreinrichtung für Fördermaschinen	66
Bohrstaubgefahren, Bekämpfung der	422	Kapitalismus und Rationalisierung	123	Spethmann-Geschichten, Neue	289
Bundesvorstandes, Bericht des	414	Kinderköpfe	65	Stand der Maschinisierung im Bergbau	185
Chronik, Kleine gewerkschaftliche	2	Klare Entscheidung (gegen Kommunisten)	17	Stand der Wohnungsnot	379
Dameskomitee gebildet	27	Klassenkampf im Zentrum	353	St. Joachimsthal, Radiumtod der Bergleute in	176
Demog-Arbeit, Fünf Jahre	133	Klößners gedämpftes Klage lied	18	Staubkrankheiten, Umfang der ... im Ruhrgebiet	90
Demog-Verbandstag	307	Koalitionsregierung im Unternehmerurteil	2	Stinnes junior	251
Der Young-Plan	195	Kohlenfrage, Die	314	Strafsystem, Das unsinnige	394
Der kommende Behrlingsmangel	162	Kohlenyndikats, Jahresbericht des Rheinisch-Westfälischen	6	Streikweihnachten in Niederschlesien	410
Die Arbeitslosenunterstützung	146	Köln, Der Bezirk ... im Jahre 1928	422	Tarifpolitik und Arbeiterschaft	409
Die älteste Eisengewinnung	114	Krankentafelstatistik, Aus der	107	Tarifverträge, Ausbreitung der	387
Die Bergbehörde wird rationalisiert	60	Krisenunterstützung und Bergarbeiter	234	Technisches aus dem Bergbau	10
Die Winterschäden der Wirtschaft	82	Kritik an den Führern, Zur	421	Tuberkulose und Beruf	422
Die Wirtschaftspolitik des IGW	187	Kündigung, Einspruch bei	237	Tunnelbauten der Neuzeit	18
Druck auf den Reallohn	146	Kündigungsschutz der Betriebsvertreter	286	Transport Schwerverletzter unter Tage	381
Ein Dokument der Unwahrscheinlichkeiten (Denkschrift	81	Kündigungssaktion in Meggen	298	Uebertrittsbestimmungen, Einheitliche	421
des Zechenverbandes)	381	Kulturaufgaben der Gewerkschaften	23	Unfallgefahr und Unfallhilfe (Dr. Grünwald)	57
Ein Kumpel	173	Kupferpreis und -erzeugung	131	Unfallverhütung in der Förderung (Bergrat Trainer)	58
Einkommen und Lebensweise	297	Lage der Kohlenwirtschaft	106	Unfallverhütung, Internationale	293
Elend im Kampf mit dem Profit, Das	186	Lage des deutschen Arbeiters	91	Unfallversicherung im Bergbau 1928	340
Elektrische Zuförderung	251	Landesarbeitsgericht, Die Arbeitgeberfreundlichkeit am	99	Unfallverhütung, Warum	406
Englische Bergbau, Der	330	Lebenshaltung, Weitere Verteuerung der	141	Unhaltbare Zustände im Bergbau	349
Eschweiler Bergwerksvereins, Geschäftsabschluß des	393	Lebenshaltungsindex, Der fragliche Wert des	95	Urteil des Reichsarbeitsgerichts — Formeltram gegen	42
Europäische Reaktion (Oesterreich)	137	Leipziger, Die Messechau in	234	lebendiges Recht	43
Explosionstaktrophe	326	Liberatismus und Solidarismus	25	Unser Film: Durch Nacht zum Licht	110
Facharbeiternachwuchs und Bergbau	213	Lohn- und Arbeitszeitbewegungen 1928	26	Unser Film und die Presse	110
Fahrt nach Dalmatien	237	Lohnhöhe und Konjunkturabstieg	122		
Fahrt nach Wien	176	Lohn und Volksgesundheit	239		
Familienstand der Erwerbstatigen	298	Lohnpfindung (Brutto- oder Netto Lohn?)	21		
Flandrische Reise	298	Lohnsteuerrückerstattung für 1928	149		
Friedensfrage	326	Los der Achtstundentagkonvention	236		
Friedensfrage	326	„Macht“ der Unorganisierten	110		
Friedensfrage	326	Maifeier und Urlaub			
Friedensfrage	326	Mansfeld A.-G. Geschäftsbericht			

	Seite		Seite		Seite
Unternehmerverbände, Kosten der	394	Dr. Mansfeld zur Befreiung unständiger Arbeiter	245	Geschäft ist Geschäft!	194
Unternehmer in Angriffsstellung	401	Frönel am Volk	242	Geschichte der Kinderarbeit	252
Unternehmer-Balanchenspiel	410	Front gegen Sparzwang	285	Geschichte einer unterirdischen Arbeiterdruckerei (Kalinowski)	53
Unternehmeranmaßung, Unverschämte	362	Invalidentversicherung, Ausbau der ... (Vorschläge der Gewerkschaften)	50	Gesundheitspflege des Erwachsenen	308
Urlaubsanspruch der Bergarbeiter	381	Invalidentversicherung, Änderung in der	245	Gesundheitspflege des Säuglings	292
Verband überflüssig!	10	Jeder Arbeiter ein Kapitalist	49	Gewerkschaft und Familie	220
Vergeht den Arbeiter nicht!	7	Kampf um die Knappschaft	378	Hamrun, Knut	244
Veruchsgrube, Forschungsarbeit auf der	418	Klappen der Selbstverwaltung	38	Im Tiergarten	332
Vertagter Kampf	362	Kaliindustrie und Knappschaft	107	Im Lande der Diamanten	108
Verwaltungskosten, Die ... der Gewerkschaften	318	Knappschaft, Kesseltreiben gegen die	15	In der Wasktau	117
Volksbau in Bremen	187	Knappschaft und Fürsorge	38	Invalide	301
Vor Gott gibt es kein Eigentum	153	Knappschaft, Zur Heße gegen die	118	Jahresbilanz	420
Vor vierzig Jahren	361	Knappschaft, Endlich Hilfe für die	125	Jugend	172
Vorwärts an die Arbeit	358	Knappschaftsbeiträge als Unternehmergeinn	197	Jugend und Alkohol	204
Warum freigewerkschaftlich organisiert?	154	Knappschaftsbeiträge, Senkung der	205	Jugend und Gewerkschaften	148
Warum arm sein?	370	Knappschaftsbeiträge, und wir	378	Kartenspiel	364
Was ich in der Grube dachte	10	Knappschaftsbelegschaft, Entscheidungen des ... (§§ 35, 36 RAG.)	5	Kämpfen!	316
Was uns noch fehlt	146	Knappschafts-Pensionsversicherung und allgemeine Invalidentversicherung	60	Kämpfer und Mensch	117
Weg der Arbeiterschaft zu wirtschaftlichem Einfluß	393	Knappschaftsrecht, Wichtige Entscheidungen im	216	Kinderarbeit in Frankreich	108
Werbung, Gewerkschaftliche	346	Krankenhauspflage und Unfallverletzte	373	Kinder des Bergmanns	420
Wertvereine, Von der Hörigkeit der	404	Oberschlesischen Knappschaft, Beitragserhöhung in der	29	Klage aus Kirman	101
Wertgemeinschaft	193	Reichsknappschaftsgesetz, Entscheidung zu § 78	197	Krieg!	236
Weltbank, Die kommende	129	Reichsknappschaft, Hauptversammlung der	133	Kriegskosten für Opfer	204
Weltfeiertag der Arbeit	253	Reichsknappschaft, Sängersauschußsitzung der ... (7. Aug.)	276	Lebendige Geschichten	228
Weltkohlenjahr 1928	205, 211	Reichsknappschaft, Zickzack durch die	354	Lebensdauer und Kinderzahl	172
Werden einer neuen Ordnung	2	Reichsknappschaft, Vorstandssitzung der 29, 107, 171, 333, 397	397	Lessing, ein revolutionärer Kämpfer	20
Wirtschaftsablauf 1928	42	Reichsknappschaft, Belastung der ... durch Unfälle	68	Mansfelds Land und Leute	124
Wirtschaftsdemokratie, Her mit der ... (N. Steiner-Sullin)	372	Ruhrknappschaft 1928	197	Massentod im Hungerland	252
Wirtschaftsrechnungen	422	Ruhrknappschaft, Verletzung bei der	125	Maschinenmensch	140
Wirtschaft und Kultur	361	Ruhrknappschaft, Vorstandssitzung der	397	Meine Ehe	124
Wirtschaftliche Mächtegruppierung	163	Sächsische Knappschaft 1928	363	Meiers Ansichten	4
Wochenende im 16. Jahrhundert	404	Soll es so weiter gehen? (Werzfragen)	363	Mensch soll frei sein	101
Wohnungsbau, Genossenschaftlicher oder privater	234	Sozialversicherungsträger, Wie hoch sind die Ausgaben der	90	Mensch und Wirtschaft	405
Zehn Jahre republikanische Verfassung	217	Sparen oder versichern?	90	Meuterei	380
Zoll — ein Feind des Fortschritts	395	Spólka Bracka, Knappschaftsverein ... in Tarnowitz	38	Nur ein Arbeiter	28
Zollkämpfe, Neue	181	Staublungenerkrankung, Wann liegt ... vor?	276	Osterfeier und Wellfrühling	101
Zuchtwahl menschlicher Arbeitskraft	169	Sind die Bergarbeiter mildernden Rechtes? (Berufskrankh.)	82	Pflege des Neugeborenen	180
Zur Jahresversammlung des Bergbauvereins	32	Siegerländer Knappschaft 1928	223	Pfingstglaube	157
Zur Objektivität der Bergbehörde	230	Thüringischen Knappschaft, Aeltententkonferenz in der	29	Postzeitungsvertrieb in 100 Jahren	172
Zusammenschluß von Köln- und Ruhrgas		Unfallkosten im Bergbau? Wer trägt die	315	Prinz Stahl (Dortu)	405

## Tarifbewegung

Aachen, Lohn- und Arbeitszeitverhandlung in	171
Aachen, Schiedsspruch für	175
Bayerischen Bergbau, Lohn und Arbeitszeit im	358
Braunkohlearbeit gekündigt	366
Braunkohle, Geschickerte Lohnverhandlungen in der	382
Deutsch-Oberschlesien, Schiedsspruch für	100
Ibbenbüren, Verhandlungen in	135
Ilieder Erzbergbau, Abschluß der Bewegung im	47
Kaliindustrie, Lohnaufschlag für die	55
Kaliindustrie, Um die Arbeitszeitverkürzung in der	1
Kaliindustrie, Erfolge im	45
Lahn, Dill, Lohnverhandlungen für	201
Mansfeld, Einigung im Tarifstreit in	6
Mansfeld U.-G., Lohnabkommen bei der	25
Mansfeld, Großer Erfolg in	100
Mansfeld, Die Lohnbewegung in	89
Mansfeld, Kündigungsaktion in	75
Mansfeld kündigt Mehrarbeitsabkommen	342
Mehrarbeit, Der Ruf nach ... (Wunsch im Stillen)	114
Mitteldeutsche Braunkohle, Kündigung der Lohnaufschläge für	313
Mitteldeutschland, Der Lohnkampf in	385
Mitteldeutschland, Die Lohnbewegung in	394
Mitteldeutschland, Neuer Tarif für	402
Mitteldeutschland, Rückblick auf Lohnbewegung in	413
Oberschlesien, Schiedsspruch für	195
Oberschlesien, Schiedsspruch für	202
Oberschlesischen Erzbergbau, Vereinbarung für den	271
Oberhessen, Erfolgreicher Lohnkampf in	253
Polen, Lohnbewegung in	311
Polnisch-Oberschlesien, Lohnforderung in	366
Ruhrbezirk, Manteltariffragen im	161
Ruhr, Manteltarif und Arbeitszeitabkommen	201
Ruhr, Randbemerkungen zur letzten Tarifbewegung an der	209
Ruhrbergbau, Lohnverhandlungen im	126
Ruhrbergbau, Schiedsspruch für den	138
Ruhrschiedsspruch, Lehre des	145
Ruhrrevier, Lohnbewegung im	97
Ruhrbergbaues, Rentabilität des	113
Rheinischen Braunkohle, Tarifabschluß in der	167
Sachsen, Schiedsspruch in	135
Sachsen, Der Tarifstreit in	147
Sachsen, Manteltarif und Mehrarbeitsabkommen im	245
Sächsischen Steinkohlenbergbau, Kündigung des Manteltarifs im	47
Schieferbergbau, Verhandlungen im	134
Tarifauschusses, Entscheidung des ... (Hamborn)	47
Zechenverband kündigt Rahrrentarif	114

## Arbeiterversicherung

Arbeitslosenversicherung, Kampf um die	322, 330
Arbeitslosenversicherung und öffentliche Fürsorge	235
Arbeitslosen- und Kranksfürsorge	61
Augenjütern als Berufskrankheit	46
Bergmannsheil II in Gelsenkirchen	374
"Bergnappe" und Knappschaft	378
Berufskrankheiten, Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Berufskrankheiten	77
Berufskrankheiten, Entschädigungspflicht bei	291

## Arbeitskammer

Arbeitskammer, Aus der ... (Jahresbericht)	356
Arbeitskammer des Ruhrbergbaues, Unkostenbeitrag zur	5
Revierprämien, Stellung der Arbeitnehmergruppe zu den	74

## Haus und Leben

Am Hochzeitstag begraben	348
Analphabetismus in Rußland	412
Arbeit und Menschentum	92
Arbeit und Ferien	188
Auch das kommt vor!	164
Bergmanns Gärtchen	196
Bergmann Japf	283
Besuch im tiefsten Schacht der Welt	36
Bevölkerung der Erde	84
"Boston" (Sinclair)	213
Blick ins Land	388
Braunkohle — Brifetis (Dortu)	28
"Bremen", An Bord der	213
Brief aus Cuba	117
Brücke im Dschungel	196
Das Brüderchen des Proletariers	84
Das große Versehen der Welt	228
Das neue Jahrhundert	380
Der Augenblick	380
Der Dieb	412
Der Tag des Buches	78
Die Schwiegermutter	412
Die verkauften Soldaten	36
Ein deutscher Zola	188
Cheberation und Kinderfürsorge	157
Ehe und Höflichkeit	405
Eisenberg	348
Ethik der Arbeit für 81 Dollar	36

Fang an!	157
Fluch des Alters	172
Frau Arbeitsminister	204
Frau, Der harte Lebenskampf der	28
Frau des Bergmanns	396
Frau und Republik	252
Frau und Sozialismus	148
Frauen und Mädchen im Heim	148
Frauen im Dienste der Kranken	4
Freiligrath, Ferdinand	84
Fünfhundert Bergarbeiter erschossen	396
Fürsorge, Die	140
Gedanken über Panuropa	12
Gefahren beim Baden und Schwimmen	196
Geist der Revolution	124
Genießt die Natur!	228
Goethe? Was ist uns	108
Gequältes Volk	20

## Gedichte

Aus dem Reich des schwarzen Todes (Zimmermann)	308
Bilanz des Weltkrieges (Kalinowski)	233
Ein guter Rat	59
Der Bergbach (M. Kalb)	4
Der Restant (Kalinowski)	117
Der Steinblock (M. Kalb)	4
Die Libelle (Kalinowski)	188
Die Bergleute (Zimmermann)	324
Die Bergarbeiter (Zimmermann)	332
Die Ruh (Kalinowski)	324
Die Republik (Taefs)	252
Dort unten schreitet der Tod (Zimmermann)	301
Ehre der Arbeit (Freiligrath)	164
Flirt (Kalinowski)	380
Friede und Hoffnung (Kalinowski)	249
Gerechtigkeit (Zimmermann)	316
Heimkehr (Kalinowski)	338
Januar (Kalinowski)	4
Jauris' Tod (Kalinowski)	236
Jupiter und die Tiere (Kalinowski)	348
Leunawerf (Dortu)	28
Maigefang (Kalinowski)	130
1930 (Kalinowski)	420
Pfingsten (Kalinowski)	157
Seilbruch (Zimmermann)	324
Schlagende Wetter (Zimmermann)	332
Unsere Weihnachtsbotenschaft (Kalinowski)	409
Verband U.-G. (Kalinowski)	53
Weltstadt (Kalinowski)	316
Weltschöpfung (M. Knoll)	388

# Saargebiet

Abbruch der Lohnverhandlungen . . . . .	214
Administration, Die . . . verteidigt sich	30
Arbeitszwang für Bergarbeiter	357
Arbeitszeit und Kopfleistung im Saarbergbau	40
Arbeiterverschutzwahlen auf Frankenthal	15
Arztwahl zur Familienkrankenpflege	182
Aufruf an die Belegschaften zum Lohnkonflikt	6
Aufwertung im Saargebiet	166
Baudarlehen, Knappschaft gewährt	390
Beamtenqualifikation, Die . . . auf den Saargruben	71
Bericht der Bergbehörde	357
Bergpolizeivorschriften und Grubenverwaltung	30
Bezug der Deputatkohlen nicht kündbar	174
Christliche Sicherheitsmänner auf dem Kriegspfade	118
Die reaktionäre Verwaltung in Frankenthal	118
Die Saarbündler und die Rückgliederung	342
Deputatkohle ist unverkäuflich	174
Der Arbeitsweg als versicherungspflichtige Beschäftigung	286
Erhöhung in der Invalidenversicherung	246
Erhöhung des deutschen Rentenanteils	255
Erhöhung der Sozialabzüge der Einkommensteuer	118
Erwerbslostenfürsorge und Bedürftigkeitsprüfung	71
Französische Schulen und Bergarbeiter	255
Geschäftsstellenkonferenzen	62
Grubenverwaltung übt Rache (Urlaubsverweigerung)	22
Heilverfahren für Kinder	156
Inspektionschefs für Lohnvertrag	22
Jubelfeiern (Illingen, Heusweiler, St. Wendel, Nunkirchen)	278
Knappschaftswahlaufruf	387
Knappschaftswahlwahlen	423
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	406
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	369
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	357
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	342
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	297
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	414
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	103
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	142
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	182
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	39
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	46
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	214
Knappschaftswahlen, Ergebnis der	286
Lage auf den Saargruben	22
Lohnvertrag	134
Lohnvertrag vom 23. Januar 1929	54
Lohnvertrag vom 11. November 1929	398
Lohnforderung (Mai 1929)	182
Lohnerhöhung, Die	383
Namborn, Jubiläum in	254
Neuerungen im Knappschaftswesen	229
Pensionäre erhalten steuerliche Entlastung	70
Pensionäre, Entwicklung der	278
Pensionäre, Kampf um Sanierung der	46
Proteststreik auf Grube Welsen	111
Rentenerhöhung, Nachzahlung auf . . . beim Knappschaftsverein	71
Renten, Festsetzung gemischter	383
Rekordleistung	111
Revierkonferenz zum Lohndiktat	14
Saarabien	118
Saararbeiter und Krankenkasse	142
Saarbund hilft Grubenverwaltung	30
Saarbergbau im 1. Vierteljahr 1929	206
Saarknappschaftsvereins, Sanierung des	22
Saargängerunterstützung	246
Saargängerfürsorge wieder einheitlich	302
Saargängerfürsorge (Mißbräuche und Mißgriffe)	222
Saargängerunterstützung	156
Sprengeländerung	191
Saargruben im 1. Halbjahr 1929	342
Saargruben im 3. Vierteljahr 1929	423
Sicherheitsmänner, Jahreskonferenz der	70
Sicherheitsmänner zum Lohnkampf	14
Schöffen, Vergütung des Lohnausfalls für	22
Sozialrentner, Reichshilfe für	6
Tagegelber für Schöffen und Geschworene (keine Lohnent-schädigung)	166
Tarifvertrag	126, 134
Tarifvertrags, Abschluß eines neuen	39
Unfälle im Saarbergbau	142
Unfallversicherung, Neuordnung der	199
Unfallrenten, Regierungskommission und	83
Vorstandssitzung der Knappschaft	423
Wahl des Knappschaftsrevierarztes	156
Wann kommt die Lohnerhöhung?	191
Wer ist Invalide?	205
Wo bleibt die Novellierung des Knappschaftsgefetzes?	174

# Kameradentreis

Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	191
Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	422
Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	175
Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	389
Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	356
Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	238
Nachener Bergbau, Urlaub für Invalide im	183

Borna-Grimma, Die Bergmannswohnstättengesellschaft in	21
Borna-Grimma, 1500 Unfälle im Kohlenrevier	22
Braunkohlearbeiter fordern ihren Anteil	350
Die Gelben mögeln	158
Eddesse, Erdölkunde bei	295
Erdölrevier, Im . . . lachen die Hühner	230
Franz züchtet Gelbe	277
Friedrich der Große 3-4, Rußlanddelegation auf	398
Friedrich Thoyßen 3-7, Wasserdurchbruch auf	398, 415
Gekaufte Kreaturen in Mitteldeutschland	189
Gelbe Seelensänger im Berratal	198
Geiselal, Ungehemmte Proßeljagd im	358
Geiselal, Gründung von Werksgemeinschaften im	7
Geiselal, Ein Gang durchs	229
Gewerkschaftsbefehle der Kommunisten	422
Gewerkschaft Glückauf-Sondershausen, Mißstände auf	87
Grubenbrand auf Katharina	246
Grube Fielitz: Drohbriefe wegen Mietpreiserhöhung	205
Grube Mariaglück, ein Musterbetrieb	51
Hamborn, Jubiläum der Geschäftsstelle	398
Hamm, Die neutrale Bergbehörde in	106
Hauerkufus, Der	170
Herborn, Arbeitslosenelend im Bezirk	77
Herborn, Die Kleinarbeit im Bezirk	35
Jubiläum Ernst Schulz, Marx	295
Kaiserstuhl I, Antreibesystem auf	251
Kommunisten und Werksgemeinschaft in Oberschlesien	246
Kurfürstentum (Maria-Laach)	194
Koblenzer Bezirk, Unverständliche Anordnung für den	150
Köln, Saubere Agitationsmethoden der Christlichen in	77
Lahn, Trostlose Lage der Bergarbeiter an der	27
Lahngebiet, Unerhörte Behandlung der Bergarbeiter im	174
Lautsch, Drohbriefe gegen Kumpels in der	298
Mansfeld, Kampf Stimmung in	382
Mieterhöhung, Einseitige . . . nicht zulässig	151
Mitteldeutschland, Gegen die Ueberstunden in	51
Monopol, Ueberfallkommando auf	365
Mörs, Auftakt zur Werbung in	382
Niederaufsitz, Werkwohnungs-mietverträge in	7
Niederschlesien, Kommunistische Drecksinten in	238
Oberschlesien, Jubiläumfeier in	276
Oberschlesien, Lohn und Profit im Erzbergbau in	212
Oberschlesien, Mehr Schutz den Bergarbeitern in	334
Oberschlesien, Steigende Unfälle in	278
Oberschlesien, Weg mit dem Einmanngebirge in	295
Oberschlesien, Wie sie drücken in	415
Oberschlesien, Verantwortlichkeit im Bergbau in	343
Reimerdes, Bergrat, und die Haspelführer	135
Ruhrbergbau, Arbeitsmarkt im	147
Ruhrbergbau, Gedingeregulierung im	365
Sicherheit voran!	277
Steuerabzug für Nachener Bergarbeiter	67
Süddeutschland: Sie gestatten — ein Zwischenruf	31
Schwarze Listen im Revier Borna	198
Tarifstreue	334
Teddy rief und alle kamen nicht	277
Tolle Zustände	333
Thüringen, Aus dem Schieferbergbau in	173
Thüringer Bergbau, An die Arbeiter im	278
Ueberstundenwirtschaft im mitteldeutschen Braunkohlen-bergbau	135
Unhaltbare Zustände (Brikettfabrik Prosen)	190
Urlaub der sächsischen Bergarbeiter	256
Viertelstündige Brotpause auf Salzdetfurth	246
Wer ist verantwortlich?	349
Werratal, Das Knappenfest im	207
Wie es nicht sein soll	277
Wofür Braunkohlenbarone Geld haben	277
Wölfersheim, Unerhörte Zustände auf	358
Wurmggebiet, Fruchtlose kommunistische Agitation im	398
Zeichenzeitungen und Knappschaft	254
Zeche Königsborn	317

# Kommunisten

Abwehr und Richtigstellung (Hufemann)	47
Abwehr kommunistischer Lausbuberei	182
Arbeitslosenschutz in Rußland	373
Aufruf des Vorstandes gegen Kommunisten	65
Bericht eines Rußlandfahrers	338
Fünfjahresplan, Der russische	218
Für kommunistische Phrasen zum Nachdenken	110
Gegen Parteipolitik und Spaltungsabsichten	76
Gegen kommunistische Lügen	99
Geheimvertrag zwischen Hufemann und Curtius	34
Hufemann droht mit Handgreiflichkeiten	63
Kommunistische oder reformistische Politik	76
Kommunistische Spießbubentaktik	61
Kommunistische Spießbuben- und Fälschertaktik	94
Kommunistischer Siedlerkongreß, Verunglückter	382
Klare Entscheidung	65
Kongreß der russischen Gewerkschaften	13
KPD. und Betriebsrätewahlen	73
KPD-Zentrale gegen Gewerkschaften	389
Kritik der politischen Wählmäuse	285
Lohn- und Preisentwicklung in Rußland	218
Moskaus Durchbruchschlacht verloren	389

Oppositionskonferenz, Protokoll der	94
Oppositionskongreß in Berlin verdonkelt	406
Revolutionäre Dialektik	44
Rußland, Lohnabbau in	143
Sie wollen uns noch mal leben lassen	242
Spaltungspolitik, Gegen die	98
Schimpfbold, Ein feiger	227
Verbandszerstörung auf Moskauer Befehl	86
Verbandsübernahme in Rußland	372
Verflechtung für Arbeitslose in Rußland	219
Warum sie zum Ausbruch drängen	44
Was macht rote Hilfe mit ihren Beiträgen?	123
Wie sie arbeiten	52
Zellen und Fraktionen in der Gewerkschaftsbewegung	99

# Deutsche Arbeiterbewegung

ADGB., Zweite Ausschußsitzung	115
Gewerkschaftliche Fortschritte	149
Konferenz der Gewerkschaftsredakteure in Bremen	212
Technikergewerkschaft, 25 Jahre	150
Textilarbeiterbewegung, 60 Jahre	139
Zimmerer, 60 Jahre Zentralverband der	23

# Internationales

Amerikanische Gewerkschaften und Schutzhülle	13
Arbeiterferien in einzelnen Ländern	235
Belgischer Bergarbeiterkongreß	123
Bergarbeiterinternationale in Genf	337
Bergarbeiterinternationale, Sitzung der . . . in Paris	330
Bergarbeiterinternationale, Tagung am 11. Juni	203
Bulgarien, Kohlenbergbau in	170
Englischer Gewerkschaftskongreß	317
Frankreich, Altersrentenversicherung für Bergarbeiter in	211
Französischer Bergarbeiterkongreß	359
Französischer 20. Gewerkschaftskongreß	335
Holländisch-Limburg, Die deutschen Bergarbeiter in	150, 156
Hoher Besuch	322
Kohlenkonferenz, Zweite Genfer	67
Kohlenverständigung und Bölkerbund	323
Kohlenregelung, Vorarbeit zur internationalen	82
Japan, Gewerkschaftsbewegung in	318
Internationale soziale Bewegung	11
Limburg, Bergarbeiterverhältnisse im Bezirk	332
Mehr Internationale	233
Polen, Profitjügerei im Bergbau in	70
Polen, Schicksale der Arbeiterbewegung in	341
Polens Kohlenbergbau	83, 91, 109
Polnisch-Oberschlesien, Lohnverhältnisse in	197
Polnisch-Oberschlesien, Werden die Knappschaftsvereine in liquidiert?	223
Rußlands Kohlenbergbau	189
Rußland, Fort mit Sonntag in	318
Schweden brechen mit Russen	230
Südafrika, Unterdrückung der Farbigen in	224
Ungarn, Wahlen zur Landesversicherungsanstalt in	224
Weltgewerkschaftsinternationale, Eine	227
Wer trägt die Schuld?	323

# Personelles

Balle, August, tot	169
Balle, August (zu Ehren des toten Führers)	179
Bartels, Heinrich, 25 Jahre angestellt	7
Bode, Hermann, 60 Jahre alt	287
Bönningshoff, Heinrich, 80 Jahre alt	423
Braun Dr., Adolf, tot	162
Cichy, Paul, tot	63
Fetterich, Ludwig, tot	83
Hoffeld, Franz, tot	47
Higgemann, Adam, 65 Jahre alt	47
Sandhef, Alfred, 25 Jahre angestellt	75
Rasimowski, Victor, 50 Jahre alt	275
Schreiter, Gustav, 65 Jahre alt	27
Schreiter, Gustav, tritt in Ruhestand	222
Schlösser, Matthias, pensioniert	153
Werth, Heinrich, 85 Jahre alt	94

# Grubentatastrophen und Sicherheit

Diergardt, Das Brandunglück auf	75
Dill- u. Lahnkreis, Unfallbekämpfung bei der Schieferarbeit im	138
Friedenshoffnunggrube, Schlagwetterkatastrophe auf	249
Glückhoffnunggrube, Die Explosion auf	325
Grubenicherheit und Bergarbeiter-schutz	139
Grubenlampen und Gruben-sicherheit	139

Hillebrandgrube (Polen), Schlagwetterkatastrophe auf . . .	Seite	287
Laurweg-Doccart, Schlagwetterexplosion auf . . . vor Gericht	8	
Lothringen, Grubenunglück in . . . . .	317	
Stapelreparaturen, Gefahren bei . . . . .	208	
Sitzflamme bei Schrämarbeit . . . . .	398	

## Konferenzen

Aachen, Bezirkskonferenz in . . . . .	141
Aachen, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	102
Aachen, Konferenz für den Bezirk . . . . .	202
Borna-Grimma, Revierkonferenz in . . . . .	142
Borna-Grimma, Funktionärkonferenz in . . . . .	186
Bitterfeld, Konferenz der Betriebsräte in . . . . .	229
Bochum, Konferenz der Geschäftsstelle . . . . .	52, 423 243
Cöthen, Jahreskonferenz in . . . . .	93
Dortmund, Reichskonferenz in . . . . .	274, 281
Egelner Mulde, Jahreskonferenz der . . . . .	135
Gießen, Jubiläumsfeier in . . . . .	327
Glabbeek, Konferenz in . . . . .	365
Halle, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	68
Halle, Jahreskonferenz in . . . . .	142
Halle, Konferenz der Betriebsräte in . . . . .	175
Hamborn, Jahreskonferenz der Geschäftsstelle . . . . .	102

Hamborn, Konferenz in . . . . .	Seite	349
Hannover, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	69	
Hattingen, Konferenz der Geschäftsstelle . . . . .	406	
Helbra, Konferenz in . . . . .	302	
Herborn, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	89	
Hessen-Thüringen, Knappschaftskonferenz für . . . . .	29	
Köln, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	32	
Köln, Vertrauensmännertkonferenz in . . . . .	165	
Lausitz-Mitte II, Konferenz für . . . . .	165	
Lugau, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	102	
Lugau, Funktionärkonferenz für . . . . .	198	
Mitteldeutschland, Konferenz in Halle für . . . . .	313	
Mitteldeutschland, Mehr Betriebschutz auf Bismarck in . . . . .	327	
Mörs, Geschäftsstellentkonferenz in . . . . .	165	
Mörs, Jahreskonferenz der Geschäftsstelle . . . . .	85	
Niederschlesien, Betriebsrätekonferenz für . . . . .	310	
Niederschlesien, Funktionärkonferenz für . . . . .	334	
Nordhausen, Jahreskonferenz in . . . . .	109	
Oberschlesien, Knappschaftskonferenz für . . . . .	29	
Oberschlesien, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	85	
Ost-Oberschlesien (Polen), Jahreskonferenz in . . . . .	102	
Pfalz, Konferenz der Geschäftsstelle . . . . .	246	
Reichskonferenz vom 25. bis 27. Januar 1929 in Berlin . . . . .	33	
Recklinghausen, Jahreskonferenz der Geschäftsstelle . . . . .	102	
Recklinghausen, Betriebsrätekonferenz in . . . . .	327	
Ruhrrevier, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	98	
Saargebiet, Bezirkskonferenz im . . . . .	76	
Senftenberg, Jahreskonferenz in . . . . .	109	

Siegen, Konferenz in . . . . .	Seite	366
Süddeutschland, Jahreskonferenz in . . . . .	93	
Waldenburg, Revierkonferenz in . . . . .	407	
Waldenburg, Jahreskonferenz in . . . . .	93	
Werratal, Jahreskonferenz im . . . . .	77	
Zeitz, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	85	
Zeitz-Weißenfels, Betriebsrätekonferenz für . . . . .	147	
Zwickau, Jahreskonferenz des Bezirks . . . . .	102	

## Wahlen

Aachen, Betriebsrätewahlen in . . . . .	130
Betriebsrätewahlen, Erste Ergebnisse der . . . . .	105
Borna-Grimma, Betriebsrätewahlen in . . . . .	125
Halle, Betriebsrätewahlen in . . . . .	125, 130
Hannover, Betriebsrätewahlen in . . . . .	130
Köln, Betriebsrätewahlen in . . . . .	149
Lugau, Betriebsrätewahlen in . . . . .	130
Nachtlänge im rheinischen Braunkohlenrevier . . . . .	167
Nordhausen, Betriebsrätewahlen in . . . . .	149
Ruhrbergbau, Betriebsrätewahlen im . . . . .	130
Süddeutschland, Betriebsrätewahlen in . . . . .	125
Waldenburg, Betriebsrätewahlen im Bezirk . . . . .	125

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. ♦ Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pf. ♦ Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße 65. ♦ Telefon-Nummern 4300 bis 4303. ♦ Telegramm-Adresse: IVerband Bochum.

### Unter neuem Namen zu neuen Erfolgen!

Was fließt — und die Veränderung ist das einzig Beständige! Schon die altgriechischen Philosophen hatten diese Wahrheit erkannt, die in der Schnellogkeit unserer Zeit der lebenden Generation doppelt zum Bewußtsein kommt. Fragt die Weltkisten unter uns und sie werden bestätigen, daß das größte Lebenswunder, das sie zu beobachten Gelegenheiten hatten, in der radikalen Umkehr und Verwandlung ihrer Um- und Außenwelt besteht seit ihrer Kindheit und in der Neuordnung im öffentlich-wirtschaftlichen Zusammenwirken der Menschengesellschaft. Und das Merkwürdigste dabei ist, daß wir uns als Einzelne fast gar nicht dieser fortschreitenden Veränderung bewußt werden. Daher kommt es auch, daß dort, wo die fortgeschrittenen Verhältnisse von uns Entscheidungen verlangen, durch die eine notwendige Anpassung und Liebgewordener Einrichtungen an die veränderte Außenwelt erfolgen soll, sich unwillkürlich Abwehr und Widerstand bemerkbar macht. Dies um so mehr, wenn wir mit dem Alten ein Schild eigenen Lebenswirkens verwoben fühlen. Über schließlich müssen solche Gefühlswerte doch dem rauhen Gebot des wirklichen Lebensgehens weichen.

In unserem Verbandsleben hat sich diese Wahrheit schon öfter offenbart. Auch jetzt wieder erleben wir eine weitere Bestätigung. Der Kopf unseres Organs trägt einen neuen Namen. Auch diese Veränderung wurde notwendig in Anpassung an einschneidende Wandlungen in einzelnen Gebieten, die in das Tätigkeitsbereich unserer Organisation gehören. Das sei gleich vorausgeschickt für alle die Mitglieber, die den neuen Namen vielleicht mit gemischten Gefühlen lesen und mehr gefühlsmäßig den alten, uns allen so lieb und vertraut gewesenen Namen „Bergarbeiter-Zeitung“ nachsinnen möchten.

Die Namensänderung selbst mußte vollzogen werden auf Grund eines Beschlusses, der auf der diesjährigen Generalversammlung in Magdeburg gefaßt wurde und dahingehend lautete, daß der Name des Verbandes ab 1. Januar heißen soll: „Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands“. Der Antrag war gestellt worden von den Kameraden in Mitteldeutschland, wo wir hauptsächlich mit der Braunkohlen- und Kalkindustrie für unsere Verbandsarbeit zu rechnen haben. Neben der reinen Rohstoffgewinnung an Braunkohle und Kalk weisen diese Industrien eine reiche Nebenproduktion auf, die zum größten Teil unmittelbar mit dem Bergwerksbetrieb zusammenhängt. Um die Bedeutung der Braunkohlenindustrie ermessen zu können, braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß z. B. in Deutschland die Fördermenge an Braunkohle in Tonnagen diejenige an Steinkohle übersteigt.

In Verbindung mit der Braunkohlengewinnung sind nun auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Grubenbetriebe eine Menge anderer Anlagen entstanden, wie Schwefelereien, Teerdestillationen, Ammoniak- und Benzolanlagen usw. Im un-

mittelbaren Zusammenhänge mit den Kalkgruben sind mächtige Kalkfabriken entstanden, im Delbergbau Raffinerien usw. In all diesen Betrieben nun sind Zehntausende von Arbeitern beschäftigt, die also nicht unmittelbar als Bergarbeiter gelten können, wohl aber unmittelbar zum Bergbaubetrieb zählen, und zwar nicht nur industriewirtschaftlich, sondern vor allem, was ja für uns als Organisation besonders wichtig ist, auch Lohn- und sozialpolitisch.

Die alten Namen „Bergarbeiterverband“ und „Bergarbeiter-Zeitung“ erweisen sich so immer mehr als zu eng in der Begriffsbestimmung von Zweck und Aufgabe unserer Organisation und unseres Organs. Es ist eben nicht mehr der Bergbau schlechthin, im alten Sinne, sondern es ist heute eine ganze Industrie, die sich allmählich um die Schächtkörner herum aufgebaut hat mit vielen neuartigen, früher fast unbekanntem Berufs- und Beschäftigungsarten. Oft war uns die Organisierung all der in dieser erweiterten Bergbauindustrie Beschäftigten sehr erschwert dadurch, daß dieselben nicht direkt als Bergarbeiter anzusprechen waren, unser Firmenschild aber nur den letzteren Interessenvertretung verhielt. So kam es schließlich, daß oft auf einer solchen Schachtanlage mit ihren Nebenbetrieben 14 bis 16 Organisationen vertreten waren. Unter solchen Umständen also hielten wir es für zweckmäßig, auch in unserem Namen zum Ausdruck zu bringen, was einem praktischen Verbandszweck längst als selbstverständliche Tatsache galt, nämlich die Ausdehnung und Ausdehnung unseres Aufgabengebietes über den Rahmen des engeren Bergbaues hinaus auch auf die gesamte, mit ihm unmittelbar zusammenhängende Industrie und die Interessenwahrung der in ihr beschäftigten Arbeiter.

Nachdem so die Generalversammlung der Namensänderung für den Verband zugestimmt hatte, entschied sich der Vorstand später für den am Kopfe unseres Organs stehenden Namen an Stelle des alten. Wir sehen also, daß diese ganze Veränderung auf einer sehr realistischen, aber auch unumgänglichen Notwendigkeit beruht. Gefühlsmäßige Werturteile dürfen hierbei keinen Platz gewinnen. Bei jeglicher organisationspolitischen Entscheidung darf nur das wirklich Vorteilhafte für den Verband und seine Mitgliedschaft Geltung haben. Außerdem ist Name Schall und Rauch — auf die Tat kommt es an!

Die Umstellung aber liegt auch gleichzeitig in dem großen Zuge des organisationspolitischen Neuerungstrebens innerhalb der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, das immer mehr auf die Schaffung von großen Industrieverbänden hingerichtet. Wer möchte sich heute noch dem entgegenstellen? In unseren Reihen sicher kein einziger, auch unsere alten und ältesten Mitglieder nicht. Wir sind deshalb auch überzeugt, daß die gesamte Mitgliedschaft in diesem Sinne die Namensumstellung begrüßt und mit uns unter neuem Firmenschild um neue Erfolge ringen wird.

### Am Arbeitszeitverkürzung in der Kalkindustrie.

Es ist unerträglich, daß heute in der Kalkindustrie noch eine 11stündige Schichtzeit für die Ubertagearbeiter und eine 8 1/2stündige für die Untertagearbeiter besteht. Diese Kulturschande zu beseitigen, ist das Gebot der Stunde. Die Arbeiterorganisationen haben deshalb zum 31. Januar 1929 den Mehrarbeitschließespruch gekündigt.

Im Jahre 1928 waren die Verhältnisse in der Kalkindustrie nicht sehr günstig. Es waren 218 Werke in Betrieb mit einem Gesamtabsatz von 8 850 423 Doppelzentnern, so daß auf ein Werk noch 80 461 Dg. Die Untösen pro Werk waren nicht kleiner, sondern infolge der ganzen Entwicklung größer geworden. Diese Verhältnisse zwangen die Kalkindustrie zu einer grundlegenden Abweichung ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik. Es folgte eine Zusammenschlußbewegung und Betriebskonzentration, wie sie in keiner anderen Industrie zu verzeichnen ist. Rund 168 Werke wurden im Laufe einiger Jahre stillgelegt. Tausende von Arbeitern verloren die Arbeit und, soweit die übrigen weiterbeschäftigt wurden, mußten sie bedeutend längere Anmarschwege zur Arbeitsstelle zurücklegen.

Ein Beispiel nur zur Illustration: Auf der Werksanlage des Wintershallkonzerns in Merkers an der Werra kommen die Arbeiter aus 178 Ortschaften! Durch die weiten Entfernungen von der Arbeitsstelle wird die Abwesenheit der Arbeiter von ihren Familien um viele Stunden verlängert. Arbeitszeiten inklusive der An- und Abmarschwege von 16 bis 18 Stunden täglich sind keine Seltenheit. Was das bedeutet, erzählt allein aus der Tatsache, daß die betreffenden Arbeiter nur knapp 5 Stunden täglich schlafen können. Das ist der vollkommenste Raubbau an Leben und Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiter! Die Folgen dieser ausgezogenen Lebensweise in kultureller und sittlicher Hinsicht sind katastrophal. Stumpfsinnigkeit und Teilnahmslosigkeit gegenüber allen Vorkommnissen des öffentlichen Lebens sind die Folge. Die Erziehung der Kinder obliegt vollkommen der Frau, da der Mann die Kinder nur selten zu Gesicht bekommt. Die Gesundheit der Arbeiter wird durch das herbeisende Antriebsbestreben, die rücksichtslose Ausnutzung der Arbeitskraft vorzeitig untergraben. Die vollkommenste technische Umstellung der Betriebe zu weitgehender maschineller Arbeit mit dem Einmann-System begünstigt diese Entwicklung.

Jede Verkürzung der Arbeitszeit hat zur Voraussetzung ihre wirtschaftliche und technische Durchführbarkeit. In diesem Punkt sind die bisherigen Versuche, die überlange Arbeitszeit zu beseitigen, gescheitert. Die Unternehmer verstanden es glänzend, den Arbeitern und den Behörden zu „beweisen“, daß die alte Arbeitszeit beibehalten werden mußte. Aber die Argumente der Kalkindustriellen sind in den beiden letzten Jahren vollkommen veraltet. Die Entwicklung der Kalkindustrie hat dafür gesorgt, daß die Frage, ob die tarifliche Arbeitszeit wieder eingeführt werden kann, unbedingt bejaht werden muß. Heute gehört die Kalkindustrie nach dem Urteil bürgerlicher Wirtschaftsblätter zu den finanziell stärksten Industrien. Diesen Erfolg hat sie zweifellos zum Teil der glänzenden Rationalisierungs- und Organisationsarbeit zu verdanken, die sich über alle Schwierigkeiten hinwegsetzte. Wirtschaftlich wurde dadurch erreicht, daß die Betriebskosten der Werke bedeutend herabgesetzt, andererseits die Leistungsfähigkeit stark erhöht wurde. So stieg der Absatz je Werk von 38 000 Dg. im Jahre 1924 auf 206 562 Dg. im Jahre 1927. 1928 ist der Gesamtabsatz in den ersten elf Monaten um 1 753 044 Doppelzentner Reinkalk höher als 1927.

Ebenso wie der Absatz hat aber auch die Produktion je Kopf und Jahr eine gewaltige Steigerung aufzuweisen. Die Leistung je Mann und Jahr stieg von 315 Dg. in 1924 auf 588 Dg. in 1927 oder um 87 Prozent. Der Lohn des Arbeiters stieg demgegenüber nur von 4,70 M. in 1924 auf 6,85 M. in 1927 oder um 47 Prozent. Mein schon aus dieser Steigerung der Produktion und des Absatzes sind der Industrie bedeutende Einnahmen zugeflossen. Hinzu kommt noch eine Preiserhöhung von durchschnittlich 10 Prozent. Unter diesen Vorbedingungen mußten die Geschäftsabfälle der Gesellschaften dauernd günstiger werden. Betrachtet man aber die Geschäftsberichte der Großkonzerne, so muß man feststellen, daß in der Dividendenausüttung der Aufstieg der Industrie schwerlich zum Ausdruck kommt. Trotzdem ergaben alle Generalversammlungen dasselbe Bild. Von den Vorstehenden wurde erklärt, daß die finanziellen Verhältnisse als sehr günstig anzusehen sind, aber aus wirtschafts- und sozialpolitischen Rücksichten eine Erhöhung der Dividenden unterbleiben mußte. Eine Erhöhung der Dividenden trat deshalb auch nur bei einzelnen Gesellschaften ein. Die Quantität der Gesellschaften ist aber teilweise so, daß sie sich von allen Schulden befreien konnten und dann noch flüssige Betriebsmittel zur Verfügung hätten. Daß es dazu nicht kommt, hat seine Ursache in dem auch heute noch währenden Machtkampf innerhalb der Kalkindustrie. Die großen finanzpolitischen Transaktionen der letzten Zeit werfen ein bezeichnendes Licht auf diese Kämpfe.

Die Besitzer der stillgelegten Werke bekommen für jeden Doppelzentner nicht gefördertes Kalk ganz bedeutende Renten. Das ist eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitern, die dadurch in ihrer Lebenslage beschränkt werden, da sie die Summen für die Renten, die keine Hand rühren, durch ihre Arbeit aufzubringen haben. Trotz dieser Vorbelastung haben die Großkonzerne bedeutende Überschüsse erzielt. Der Rohgewinn betrug in den beiden letzten Jahren bei der

	1926	1927	1927 mehr:
Kalkindustrie A.-G.	38 490 000	51 280 000	12 790 000 M.
Burbach-Kumpel-Konzern	11 760 000	15 560 000	3 800 000 M.
Salzburger-Konzern	15 840 000	16 980 000	1 140 000 M.

Große Neuanlagen und Neuanstellungen von Produktionsmitteln wurden aus den laufenden Einnahmen bestritten. Bei dieser Sachlage ist mit guten Gründen eine Ablehnung der Forderungen der Arbeiter nicht möglich.

## Werbepremien

als Ehrung und Belohnung für erfolgreiche Werbearbeit.

Zur Aneiferung der Werbearbeit in der Zeit vom 1. November 1928 bis 30. April 1929 werden vom Vorstand gewährt:

Für die Gewinnung von 9 Mitgliedern das Buch: Bernstein: Sozialdemokratische Lehrjahre (Heroenzeit unter dem Sozialistengesetz).

Für weitere 8 Aufnahmen: Rampffmeyer: Vor dem Sozialistengesetz.

Für weitere 7 Aufnahmen: Rampffmeyer: Unter dem Sozialistengesetz.

Für weitere 6 Aufnahmen: Craven: Das Totenschiff.

Für weitere 5 Aufnahmen: Preczang: Zum Lande der Gerechten.

Bei 35 Aufnahmen erhält also der erfolgreiche Werber alle fünf vorgenannten Bücher, von denen ein jedes für sich ein Prachtexemplar genannt werden kann. Eine Aufnahme gilt als getätigt, wenn mindestens das Eintrittsgeld und ein Wochenbeitrag einliefert wurde, worüber der Ortsverwaltung Rechnung zu legen ist. Die Ortsverwaltungen haben die Aufnahmen über den Geschäftsführer oder Bezirksleiter mit dem Antrage auf Gewährung der verdienten Prämien an den Vorstand einzureichen. Die Prämien werden dann vom Vorstand mit einer Widmung dem erfolgreichen Werber direkt überhandt.

Wer mehr als 35 Aufnahmen tätigt, worüber dem Vorstand nach dem 1. Mai 1929 berichtet werden soll, erhält eine Sonderprämie, über deren Art jeweilig vom Vorstande entschieden wird.

Die Prämien stellen nur eine kleine Anerkennung dar und sollen nicht Selbstzweck sein. Die Triebkraft jeglicher Werbearbeit muß immer das Bewußtsein bleiben, einer großen Aufgabe zu dienen und ihr Opfer bringen zu müssen. Es gilt da vor allen Dingen, immer neue Streiter zu finden, um stark genug zu werden zu ihrer Erfüllung. Hilfe jeder mit, dann muß es gehen!

Der Vorstand.

# Gewerkschaftliche Lohnpolitik 1928 und Wirtschaftsablauf.

Entgegen aller Prophetie der Unternehmer am Jahresanfang 1928 dahingehend, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften das ganze Wirtschaftsleben broßeln müsse, trat das Wirtschaftsjahr 1928 einen sehr guten Verlauf, gerade zum Vorteil der stets jammernden Unternehmerrschaft. Man darf also annehmen, daß gerade wegen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik der prophezierte Niedergang nicht eingetreten ist. Und wenn heute geredet werden kann vom Konjunkturrückgang, dann wohl deshalb, weil die wirtschaftliche Abwehr der Unternehmer gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiterschaft, durch fortgesetzte Beunruhigung mit Stilllegungen oder auch diesbezüglichen Androhungen einen weiteren ungeführten Ablauf gefährdet. Die einzige Garantie, einen normalen Wirtschaftsablauf zu sichern, ist doch nur die Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft, also in erster Linie des Arbeitseinkommens als Lohn und Gehalt. Sind die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Lage, nach Bedarf ihre notwendigen Bedarfsgüter kaufen zu können, dann floriert auch die Produktion, der Handel, kurz: Dann ist die gute Konjunktur gesichert und das Schreckgespenst des Konjunkturumschwungs ist gebannt. Leider ist diese Einsicht noch nicht überall vorhanden.

Aber auch so sollte kein Beurteiler der Wirtschaftslage, wo er auch immer stehe und ganz gleich in welcher Eigenschaft er seine Meinung der Welt kundtut, übersehen, daß ein Konjunkturmangel oder eine Krise doch nur entstehen kann durch Abflächung. Dabei ist es ganz gleich, ob diese vom Inlands- oder Auslandsmarkte kommt. Gewiß ist es nicht leicht, sich ein Urteil darüber zu bilden, ob eine solche bevorsteht, ja nicht einmal, ob sie schon da ist, denn das zur Urteilsbildung notwendige statistische Material ist nur gering und lückenhaft. Aber soweit es vorhanden und einigermaßen brauchbar ist, mag es uns den Wirtschaftsverlauf des nunmehr verflossenen Jahres erläutern helfen.

Gegenüber dem Vorjahre hat das Jahr 1928 weder eine Minderung der Umsatztätigkeit noch einen Rückgang der Kaufkraft auf dem inneren Markte gebracht. Zur Beurteilung der Umsatzhöhe auf dem Innenmarkt kann die Zahl der täglich von der Reichsbahn zum Gütertransport gestellten Wagen, oder auch das Aufkommen aus der Umsatzsteuer herangezogen werden. Vergleichen wir die Ergebnisse von 1928 mit dem Vorjahre, so ergeben sich nur Abweichungen zugunsten des ersteren, trotzdem es nach Ansicht der Konjunkturtheoretiker ein Jahr des Konjunkturrückganges werden sollte. Während die Reichsbahngesellschaft 1927 der deutschen Wirtschaft jeden Tag 149 000 Wagen zum Gütertransport zur Verfügung stellte, mußte sie während der ersten zehn Monate des abgelaufenen Jahres täglich 1000 Wagen mehr liefern. Noch augenfälliger ist die Belebung der Umsatztätigkeit, wie sie sich im Aufkommen aus der Umsatzsteuer ausweist. Von Januar bis September 1927 erhielt das Reich aus dieser Steuer 597,3 Millionen Mark, in der gleichen Zeit 1928 dagegen 747,1 Millionen Mark.

Diese Verstärkung der Umsatztätigkeit stützte sich auf eine Kaufkraftbelebung des inneren Marktes. Hier ist die große Käufermacht, die Arbeitnehmerschaft. Die Ausmaße der Kaufkraftbelebung, die die Gesamtwirtschaft von dieser Seite aus erfährt, hängen ab von der Lohnhöhe, dem Preisstand und der Zahl der Arbeitnehmer, denen Lohn und Gehaltseinkommen zufließt, kurz vom Arbeitsmarkt, vom Umfange der Arbeitslosigkeit. Daß im Jahre 1928 eine Erhöhung der Arbeitsabkommen stattgefunden hat, geht aus der Steigerung des Lohnsteuerauskommens deutlich hervor. In den ersten drei Viertel Jahren 1927 erhielt das Reich an Einkommensteuer vom Lohnabzug 905,6

Millionen Mark, während desgleichen Zeitraumes 1928 dagegen über 1 Milliarde, d. h. 1 007,9 Mill. Mark auf diese durch die Gewerkschaften erlangte Einkommensteigerung kam jedes Gewerkschaftsmitglied stolz sein. Daß es sich dabei durchweg auch um eine Aufbesserung des Real-einkommens handelt, geht aus der Bewegung des Lebenshaltungsindezes hervor, der während des Jahres 1928 von Januar bis November die ihn sich wohl bedauernden Werte, aber im Verhältnis zu früheren Jahren gering erscheinende Steigerung von 150,8 auf 152,8 (nicht ganz 1 Prozent) aufweist. Auch das möglicherweise noch zu verhindern, ist eine der großen gewerkschaftlichen Zukunftsaufgaben, die nur in dem Maße wird gelöst werden können, wie es der Arbeitnehmerschaft gelingt, auf die Wirtschaft Einfluß zu gewinnen. Hier praktische Wege gewiesen zu haben, ist das Hauptverdienst des letzten Gewerkschaftskongresses, der alle die dafür gegebenen Möglichkeiten sondiert und als Demonstrationsleistung der Wirtschaft zu einem immer aktuellen Programm der freien Gewerkschaftsbewegung gestempelt hat.

Nur auf diesem Wege in Verbindung mit dem dauernden Bestreben nach einer höheren Entlohnung wird auch die Kernfrage der deutschen Wirtschaft, das Problem der Rationalisierung, im Interesse der Gesamtwirtschaft gelöst werden können. Das Tempo der Technisierung und der Umstellung auf moderne Organisationsformen der Wirtschaft eilte vielfach noch den Erfolgen, die der Arbeitnehmerschaft an dem dadurch gesteigerten Wirtschaftsertrage beschieden waren, voraus. Das beweisen die Ziffern der Erwerbslosen, die nach Zahl ihrer Hauptgruppe, der Hauptunterstützungsempfänger zu urteilen, von Mitte Juni 1928 stets höher lagen als im Vorjahre. Diese wieder dem Produktionsprozeß zuzufügen, ist eine Aufgabe, die die gewerkschaftliche Lohnpolitik, der eine Umfluß- und Produktionsbelebung folgt, auch in Zukunft zu lösen hat.

1928 war auch das Jahr der wirtschaftspolitischen Schlagworte. Mengtenkonjunktur, Inlandskonjunktur usw.

waren in der wirtschaftlichen Diskussion zu Hause. Das erste erfährt in den bisher bekannt gegebenen Abschlüssen der Unternehmungen keine Bestätigung und daß die Konjunktur des vergangenen Jahres nicht nur eine Abflächung des Inlandsmarktes brachte, geht aus der Entwicklung der deutschen Warenausfuhr hervor. Im Monatsdurchschnitt 1927 führten wir für 851,6 Mill. Mark aus, im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 1928 dagegen für mehr als eine Milliarde Mark. Dem steht erfreulicherweise eine, wenn auch nur geringe, Verminderung unserer Einfuhr gegenüber.

Die gesteigerte Nachfrage auf dem In- und Auslandsmarkte erforderte auch eine Vermehrung der deutschen Güterproduktion. Im Steinkohlenbergbau wurde während der ersten zehn Monate des verflossenen Jahres monatsdurchschnittlich die Erzeugung des letzten Vorkriegsjahres 1913 um 1 Mill. Tonnen oder 9 Prozent, im Braunkohlenbergbau sogar um 90 Prozent überschritten, während die Gewinnung von Roheisen im gleichen Zeitraum um 15 Proz., von Rohstahl um 33 Prozent und von Walzwerksprodukten um 13 Prozent höher lag als 1913. Ebenso hat die Kapitalbildung, die genau abzuschätzen, einem späterem Zeitpunkt vorbehalten bleiben muß, soweit die Vermehrung der Sparanlagen erkennen läßt, Fortschritte gemacht. Von Dezember 1927 bis Oktober 1928 haben diese eine Vermehrung von rund 1,7 Milliarden erfahren.

Die kurz skizzierte Entwicklung zeigt, daß auch in dem nunmehr abgeschlossenen Jahre der Gesundungsprozess unserer Wirtschaft Fortschritte gemacht hat. Im gewerkschaftlichen Wollen und Wirken wird er sich im kommenden Jahre stärker noch als in dem vergangenen auswirken. stets neue und schwerere Aufgaben zielehen für die gewerkschaftlichen Organisationen herauf, aber sie müssen gelöst werden, und sie werden gelöst werden, wenn innerhalb der deutschen Arbeiterschaft die Erkenntnis immer mehr an Boden gewinnt, daß sie nur durch die Gewerkschaften gelöst werden können.

## Die Kohlenfrage.

### Ein Problem europäischer Zusammenarbeit.

Wer denkt heute noch an die Sorgen der Kriegszeit und der ersten Jahre nach Kriegsende, ob Europa, besonders aber Mitteleuropa, instande sein würde, die Kohlenmengen zu erzeugen, welche es zum Aufbau und zum Betrieb seiner Industrie brauchte? Nur zu rasch hat sich die Lage vor der aus Stinnes a. B. schon von einer Beherrschung Mitteleuropas vom Ruhrgebiet her träumte, in ihr Gegenteil verandelt. Zumal die Steinkohle gibt dem Weltzer keine Machtstellung mehr: sie ist gebrochen durch den raschen Fortschritt der Braunkohlenproduktion und -verwertung, durch die wachsende Bedeutung der Wasserkräfte und des Deils, besonders aber durch die rationellere Verwertung der Kohlenenergien selbst. So kommt es, daß heute in Deutschland nunmehr weniger als 50 Prozent der gefördert und abgelassenen Kohle direkt als Brennmaterial verwendet werden, zum größeren Teil aber den Weg über das Gas, die Elektrizität usw. nehmen. Dieser Wechsel der Marktlage, das Zurückbleiben der Nachfrage war nirgend so deutlich wie in Europa, während die Vereinigten Staaten ihre Kohlenproduktion ungefähr auf dem Vorkriegsstande erhalten, die übrigen Gebiete, besonders Asien, die Förderung erheblich steigern konnten. Daher ist das Kohlenproblem heute eine europäische Frage.

Heute ist die Lage in Europa (und wir müssen uns hier auf die Betrachtung Deutschlands-England beschränken) so, daß die Erzeugungskapazität der nationalen Kohlenberge sehr unvollkommen ausgenutzt werden kann. Zwei Prozent geringere Ausnutzung bedeutet aber bei den hohen fixen Kosten der Kohlen-

produktion steigende Aufwendungen und daher Verluste. Das ist natürlich, als daß die Kohlenenerzeugung überall auf möglichst hohen Absatz drängt! Da aber die Nachfrage nach Kohle nicht elastisch ist, d. h. da der Preis sehr stark gehoben werden muß, um wachsende Kohlenmengen in den Markt zu pressen, so sehen wir heute: daß die Kohlenpreise die allgemeine Aufwärtsbewegung der Preise gegenüber 1913 auf dem internationalen Markt keineswegs in vollem Umfang mitgemacht haben. So ist der Durchschnittskohlenpreis in England von etwa 14 Schilling für die Tonne 1913, über den Höchstpreis bis zu 85 Schilling (!) im Jahre 1920, heute bei Preisen von 15 Schilling angelangt, also nur 7 Proz. höher als die Vorkriegspreise! Nur in einzelnen Sorten, wie Kesselkohle oder Schmelzohle, sind die Steigerungen erheblicher. Die englischen Produzenten müssen also trachten, auch ihre Kostenelemente am Ansteigen zu verhindern. Das können sie aber nur dort, wo sie deren Markt beherrschen, also praktisch nur auf dem Arbeitsmarkt. Der Lohn hat sich im Durchschnitt in England nur um 45 Proz. (in einzelnen Revieren weniger, in anderen mehr) gehoben, gegenüber einer Verdoppelung etwa der übrigen Löhne, besonders in den sogenannten „geschützten“ Industrien. Auch in Deutschland ist der Kohlenpreis keineswegs im Verhältnis der überragenden Preissteigerung, nämlich im Durchschnitt etwa um 30 Prozent (damit sind immer die Preise gemeint, welche die Zechen erzielen). Allerdings ist in Deutschland das Syndikat instande, den Preis im Inland verhältnismäßig hoch zu halten und sogar noch mit den Verlusten zu belasten, welche aus dem angestiegenen Kohlenexport erwachsen.

Kohl und Sünefeld überfliegen mit dem Fischer Fismaurice als erste den Ozean in Ost-West-Richtung und werden vom amerikanischen Volke begeistert empfangen.

Mat.  
Am 2. Mat. entscheidet das Reichsgericht, daß die Weigerung der deutschen Landesregierungen, das vom deutschnationalen Reichsinnenminister verlangte Verbot des Roten Frontkämpferbundes durchzuführen, berechtigt war.

Eine Zeitlohnerrhöhung von 15 Prozent und eine Wirtlohnerrhöhung von 12 Prozent wird vom 2. Mat. durch Schiedsspruch für die schlesische Textilindustrie festgelegt und von beiden Parteien angenommen.

Für die schlesische Metallindustrie werden am 4. und 5. Mat. Schiedsprüche, die eine mittlere Erhöhung des Stundenlohnes von 4 Pf. festsetzen, für verbindlich erklärt.

Auf den Chef der russischen Handelsvertretung wird am 4. Mat. von einem russischen Emigranten ein misgünstiges Attentat verübt. Der Stahlwerksverband erhöht ab 12. Mat. die Stabeisenpreise. Die Reichstagswahlen wie auch die Wahlen zum preussischen Landtag am 20. Mat. ergeben einen sehr starken Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten und mit Ausnahme der Wirtschaftspartei Verluste aller bürgerlichen Parteien.

Felix Deutsch, einer der bekanntesten deutschen Industriellen, Generaldirektor der UEG, stirbt am 19. Mat.

Juni.  
Loudour wird am 2. Juni französischer Arbeitsminister. Die Reichsregierung lehnt den Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Tarifserhöhung ab.

Wier große englische Kohlengesellschaften des Südwales Niedez schließen sich zu einem Großunternehmen zusammen.

Die Rheinisch-Elberfelder treten in den Streit als Abwehler gegen eine vom Unternehmer geforderte Lohnkürzung von 13 Prozent. Ein Schiedsspruch, der für verbindlich erklärt wird, spricht ihnen die alten Bedingungen zu.

Die australische Regierung verabschiedet eine Novelle zum Schiedsgerichtsgesetz für Arbeitsstreitigkeiten, die wesentliche Einschränkungen des Streikrechts vorsieht, gegen die Stimmen der Arbeiterpartei.

Am 18. Juni wird ein Schiedsspruch für die technischen Beamten des Ruhrbergbaues, der eine siebenprozentige Gehaltserhöhung vorsieht, für verbindlich erklärt.

Der Reichspräsident ernennt am 28. Juni Hermann Müller zum Reichsbürgermeister. Dem Kabinett gehören weiter Wiffell und Severing als Minister an.

Am 30. Juni stellt die seit 48 Jahren erscheinende deutsch-polnische „Tägliche Rundschau“ ihr Erscheinen ein.

## Kleine gewerkschaftliche Chronik des Jahres 1928.

Vorbemerkung: Noch einmal mögen die Ereignisse des Jahres 1928 an unserer geistigen Auge vorüberziehen. Wir alle haben sie miterlebt und mitempfunden — Gutes und Schlechtes, Fortschritt und Reaktion in unserer Reihenfolge. Nun mögen sie eingehen in das Reich der Erinnerung.

### Januar.

Am 1. Januar werden im Deutschen Reich 12 Mill. Hauptunterstützungsempfänger und 211 472 Freierunterstützte gezählt.  
Die größte britische Metallgesellschaft tritt dem Welt-Kupfer-Syndikat bei.  
Der Stahlwerksverband erhöht ab 12. Januar die Eisenpreise um 2 Reichsmark je Tonne.  
Die Arbeitnehmer der mitteldeutschen Metallindustrie treten am 16. Januar in den Streit, da ihnen durch Schiedsspruch nur 3 Pf. Lohnerhöhung je Stunde zugesprochen wurden, während sie 15 Pf. gefordert hatten.

In der am 14. Januar zu Ende gegangenen Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder wird die Einsetzung eines Studienausschusses beschlossen.  
Der Metallwirtschaftsausschuss verordnet, daß ihm die zur Durchführung der Lohnentwerfung geeignete Beschlusse vor Instanzten vom Kartell vorzulegen sind.  
Der Buchdruckerverband kündigt den am 31. März ablaufenden Schiedsverfahren.

Die Bergarbeiterverbände beschließen Kündigung des Arbeitszeit- und Lohnabkommens zum 30. April.  
Am 2. Januar treten die Arbeiter der schwebischen Erzarbeiten in den Streit.

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz am 29. Januar ergeben eine Stärkung der Sozialdemokratischen Partei.

### Februar.

Der Reichslandwirtschaftsminister Schiele legt ab 1. Februar das Einbringungsrecht für Getreidefest. Vor dem Direktorium des Internationalen Arbeitsamtes stellt der englische Delegierte Betterton den Antrag auf Revision des Washingtoner Arbeitsabkommens.  
Der nächste Fernverkehrsverkehr Deutschland-Amerika wird am 10. Februar eröffnet.  
Die Löhne der englischen Kohlenbergleute werden am durchschneidlich 2 Mat. je Schicht gekürzt.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschließt zur Unterstützung der befristeten mitteldeutschen Metallindustrie die Gesamtaussparung ab 22. Februar. Ein am 21. Februar gefällter und für verbindlich erklärter Schiedsspruch, der 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde vorsieht, verhindert das Wirksamwerden dieses Beschlusses.  
Die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligt sich maßgebend an der hannoverschen Bodenreform.  
Die russische Regierung beschließt Einführung von Nahrungsmittelkarten in den großen Städten.

### März.

Deutschlands größtes Unternehmen, die Wer. Stahlwerke A.-G., schließt mit einem Nettogewinn von 52,9 Mill. Mark ab und schüttet 6 Prozent Dividende aus.  
Zur Unterstützung der streikenden Werkzeugmacher legen die Arbeiter der Berliner Metallbetriebe am 3. März die Arbeit nieder. Am 7. März wird ein Schiedsspruch gefäll und am 12. März mit festgesetzten Mindestlöhnen für verbindlich erklärt. Bei den Wahlen zum polnischen Sejm am 4. März gewinnen die Sozialisten 2 Mandate.

Die Gewerkschaften der Reichsbahnarbeiter kündigen die Lohnverträge zum 31. März und fordern eine Lohnerrhöhung von 10 Pf. die Stunde.  
Unter der Bezeichnung Sabotageakte berüht zu haben, werden eine Anzahl Ingenieure und Techniker im russischen Donezgebiet verhaftet, darunter befinden sich sechs Deutsche.  
Ein am 21. März ergangener Schiedsspruch, erhöht die Löhne der Reichsbahnarbeiter um 3 bis 5 Pf. die Stunde.  
Durch einen am 24. März für verbindlich erklärten Schiedsspruch werden die Löhne der Buchdrucker ab 1. April um 3,50 M. wöchentlich erhöht.  
Der Verwaltungsrat der Reichseisenbahn beschließt eine Tariferrhöhung.

### April.

Der Verband sächsischer Metallindustrieller beschließt am 5. April die Aussparung von 200 000 Metallarbeitern ab 12. April.  
Reichsinnenminister von Kundell verlangt von den Ländern das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Diese lehnen außer Bayern das deutschnationalen Bahnanforder ab und lassen den Staatsgerichtshof zur Entscheidung an.  
Am 22. April wird ein Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, der eine achtprozentige Lohnerrhöhung vorsieht, verbindlich erklärt. Das Rheinisch-Wehrhainische Kohlen Syndikat beantragt eine Preiserrhöhung.

Die sächsischen Gewerkschaften am 2. und 9. April (Schied) wahlen ergeben eine Neidmachei.

Wenn wir das Problem der Kohle im Ganzen betrachten, so stellt es sich so dar, daß auf einem an sich heillos desorganisierten und überfüllten Markt die beiden Partner, Arbeiter und Unternehmer, einander beständig bekämpfen, ohne doch im ganzen durch Verschlebung der Anteile die Grundfrage selbst, daß nämlich der Markt zerrüttet ist, aus der Welt zu schaffen. Wie wenig zwei Menschen um ihren Anteil aus einem spärlichen Vorrat streiten, der nicht ausreicht, um beide angemessen zu erhalten: eine wirkliche Lösung des Problems liegt nur in der Vermehrung des Vorrats, nicht in der Erhöhung der Quote des einen oder anderen. Wir sehen nun, daß besonders in England seit Jahren der Kampf in dieser sinnlosen Weise vor sich geht: als Kampf um den Profit, daß aber die Grundfrage: „Wie faulere ich den Markt?“, bisher noch immer nicht in Angriff genommen wurde. Sie kann nicht in Angriff genommen werden, solange das System der freien Konkurrenz herrscht. Die Annahme der national-ökonomischen Theorie, daß in diesem System die schlechtesten Unternehmungen ausgeschaltet werden, bis die Maximalmenge von Produkten zum Billigsten, aber für den Unternehmer noch gerade profitablen Preis erzeugt und abgesetzt werden könne, ist grundsätzlich getwis richtig. Nur dauert es furchtbar lange, bis die freie Konkurrenz wirkt. Es dauert besonders lange, wenn sie nach internationalem Maßstab erfolgt. Nicht nur dies, auch die Organisation stößt auf dem Weltmarkt auf größte Schwierigkeiten: gilt doch noch immer auch verlustreicher Export als nationales Gut, das erhalten, verteidigt und mit größter Energie festgehalten werden muß.

Wie ist dem englischen Kohlenbergbau zu helfen? Eine Frage, welche meist mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisation beantwortet wird. Diese Organisation würde auch dem deutschen Bergbau zufließen kommen und deshalb macht sie wahrscheinlich keine Fortschritte. Jede Produktionsbeschränkung in England würde nur den deutschen Export anregen, wie auch umgekehrt jede Vellegerung der nord- und ostdeutschen Säfen mit Kohle zu deutschen Inlandpreisen nur einen Triumpz der englischen Konkurrenz herbeiführen würde. So sieht man, daß besonders die internationale Konkurrenz schwer zu überwinden ist. Wie soll man von ihr aus zu einem vernünftigen Gleichgewicht der Produktionskräfte gelangen?

Vor kurzem hat der bekannte englische Nationalökonom J. H. Bellerby, der hauptsächlich als Geldtheoretiker bekannt ist, eine interessante Studie über das Kohlenproblem veröffentlicht, die zu den bevorstehenden Ueberlegungen anregt. Bellerby erkennt sehr wohl, daß nur eine kollektive Aktion die Kohlenlage wiederherstellen könne. Und zwar müsse diese Aktion gar nicht tief greifen. Denn da Kohle einer unelastischen Nachfrage gegenübersteht, genügt eine kleine Senkung der Produktion, um den Preis erheblich zu erhöhen und die Rentabilität wieder herzustellen. Offensichtlich würde aber eine Senkung der Kohlerzeugung im nationalen Rahmen wirkungslos sein, weil sofort die ausländische Konkurrenz herbeiströmen würde, um den leer gewordenen Raum zu füllen. Daher müsse die Produktionsbeschränkung international erfolgen. Wie ist das aber möglich, da wir ja noch nicht über Syndikate (das sind Kartellverbände) in allen Kohlenländern verfügen? Bellerby schlägt einen Umweg über die Sozialpolitik vor: in den beteiligten Ländern sollte man einer Herabsetzung der Arbeitszeit und nach einem genau entwickelten Schema einer Festsetzung von Mindestlöhnen zustimmen. Beides würde in einer Einschränkung der Produktion in jedem einzelnen Lande und Wiederherstellung des Marktes ausmünden. Das ist aber das Wesentliche, ohne daß es so sehr darauf ankommt, ob diese Einschränkung nun gerade in jedem Lande prozentual den gleichen Anteil ausmacht. In der Tat: die Lage im Kohlenbergbau ist ja dadurch gekennzeichnet, daß ihm irgendwelche Kräfte der Selbstorganisation im internationalen Maßstab heute noch fehlen. Der Krieg und die territorialen Neuordnungen des Friedensvertrages haben nun zu einer Ueberkapazität geführt, deren die freie Konkurrenz allein nicht Herr werden kann. Denn je schwieriger die Lage wird, um so stärker der Drang, sich noch durch Unterbieten und Mehrproduktion über Wasser zu halten. Glaube man früher, daß in einer solchen Lage die schlechten Betriebe bald ausgeschaltet werden würden, so trifft das heute nicht mehr ganz zu, weil diese Industrien stärkere Mittel für sich mobilisieren und weil der Atem der schlechten Betriebe viel länger anhält als man annimmt. Eine Industrie kann selbst jahrelang hindurch Verluste erleiden, ohne wirklich aus der Produktion ausgeschlossen zu werden, besonders wenn sie mit eigenem Kapital arbeitet, das sie weiter auch zinslos und selbst mit Verlust (sich allmählich aufbrauchend) im Betrieb läßt, da sie es ja nicht aus dem Betrieb „herausziehen“ kann. Es ist nun interessant für den Gedankenengang von Bellerby, daß er nicht einer Herabsetzung der Kosten das Wort redet, um durch Preisföhlung die Kohle noch in den Markt zu pressen, sondern umgekehrt durch Kostenerhöhung die Produktion einzuschränken trachtet, um den „richtigen Preis“ wiederherzustellen. Denn — und das ist

theoretisch der springende Punkt, in dem man Bellerby vollkommen beipflichten kann — wir leben heute überall in Europa in einer Zwischenphase. Die Zeit der freien Konkurrenz ist vorbei. Die der allseitigen Organisation ist noch nicht da. Entweder lehnen wir zur freien Konkurrenz zurück oder man organisiert alle Produktionszweige. Wenn man das erste nicht kann, so muß man das zweite tun. Unterläßt man es, so geraten die unorganisierten Produktionszweige unter die Kläder. Kann man sie nicht direkt organisieren, so indirekt auf dem Umweg über den Arbeitsmarkt. Niedrige Löhne sind auch eine Subvention, welche

jedoch nicht verantwortet werden kann. Soße Löhne aber und kurze Arbeitszeit führen zu rascher Nationalisierung und zur Auslese der Lichtigsten — und beschleunigen damit die Bildung der freien Konkurrenz. In der Diskussion, welche in Deutschland angefaßt der zahlreichen Fälle der Ueberkapazität häufig geführt wird, mag auf dieses kleine Buch von Bellerby als wertvoller Beitrag mit Nachdruck hingewiesen werden. Daß es dazu anregt, das System der freien Konkurrenz auf seine Wirksamkeit hin wieder durchzudenken, ist ein weiteres Verdienst, das noch erwähnt sei.  
Professor Emil Lederer, Heidelberg.

# Was bringt die neue Reparationskonferenz?

Seitdem der Agent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, in seinem letzten Jahresbericht die endgiltige Festlegung der deutschen Reparationszahlungen anregte, gibt es in aller Welt wieder einmal Reparationsdebatten. Die im großen und ganzen sachlich und leidenschaftslos geführten Erörterungen sind jetzt so weit gediehen, daß man mit der Einberufung einer neuen Reparationskonferenz rechnen kann. Sie wird wahrscheinlich schon in nächster Zeit zusammentreten und vielleicht in Berlin stattfinden.

Für den deutschen Arbeiter verdrängt sich die Angelegenheit der neuen Reparationskonferenz in der Frage, ob sie eine Ermäßigung der Reparationslasten bringen wird, die auf Grund des im Jahre 1924 aufgestellten Dawesplanes ab Herbst 1928 pro Jahr 25 Milliarden Mark ausmachen. Diese Zahlungen, vor allem die Ungewißheit, wie lange und wieviel wir eigentlich zahlen sollen, lasten auf unserer Wirtschaft, und es ist angefaßt der Kräfteverhältnisse in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft nur natürlich, daß überfeste Reparationszahlungen Deutschlands an das Ausland sich in einer verminderten Lebenshaltung, in einem verminderten und gedrückten Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft ausprägen. Wenn es gelang, den Lebensstandard des deutschen Arbeiters davor zu bewahren, unter das westeuropäische Maß zu sinken, dann ist das nur den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zu verdanken. Das Bestreben der besitzenden Schicht, der Unternehmerschaft, die Reparationslasten verlos auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, stieß auf den Widerstand der Gewerkschaften. Die Tatsache, daß die in den letzten Jahren gesteigerte Produktivität unseres Wirtschaftsapparates wenigstens zum Teil dazu benutzt wird, die durch Reparationszahlungen verminderte Lebenshaltung auszugleichen, ist ein Erfolg gewerkschaftlicher Kämpfe, der leider immer noch nicht in weiten Kreisen der unorganisierten Arbeiterschaft erkannte wird und die gehäufte Anerkennung gefunden hat. Andererseits bedeuten ermäßigte Reparationszahlungen Verminderung des auf der Lebenshaltung ruhenden Drucks. Deshalb hat die deutsche Arbeiterschaft alle Veranlassung, die auf Verminderung der Reparationszahlungen hingelenden Bestrebungen zu bejahen. Für die deutsche Arbeiterschaft ist gegenüber der kommenden Reparationskonferenz nur eine positive Einstellung möglich. Etwas anderes gibt es nicht.

Reibt die andere Frage, welche Aussichten die neue Konferenz für eine Ermäßigung der deutschen Zahlungen bietet? Die Erörterungen, die zu dem Entschluß führten, die Frage der Reparationszahlungen neu zu regeln, bieten für die Beantwortung dieser Frage kaum einen Anhaltspunkt. Die ganze Situation wird durch ein anderes Problem, das Problem der internationalen Kriegsschulden, kompliziert. Bis 1924 der Dawesplan aufgestellt wurde, handelte es sich ausschließlich um die deutschen Zahlungen. Diesmal sollen in den deutschen Zahlungen die Schulden der europäischen Ententestaaten neu geregelt werden. Der Weltkrieg wurde zum Teil mit amerikanischem Geld gegen Deutschland geführt. Amerika betrachtet die während des Krieges gegebenen Anleihen als eine reine Handelschuld und besteht auf Rückzahlung. Auf Grund dieser Voraussetzungen hat sich im Laufe der Jahre die Idee herausgebildet, Amerika aus den deutschen Reparationszahlungen zufriedenzustellen.

Danach hätte Deutschland die Rückzahlung der von Frankreich, England, Italien usw. während des Krieges aufgenommenen Schulden an Amerika zu übernehmen. Amerika wäre also auch

in diesem Falle der Hauptnutznießer des Weltkrieges. So einfach stellt sich aber das Problem keineswegs dar. Frankreich und Belgien verlangen nämlich über das Maß der Zahlungen, die sie an Amerika zu leisten haben, weitere Vergütungen für den Aufbau der im Kriege zerstörten Gebiete usw. Insbesondere dringt Frankreich darauf, einen Teil der deutschen Zahlungen in bar zu erhalten, um dringende Verpflichtungen gegenüber Amerika und seinen Inlandgläubigern erfüllen zu können. Man denkt sich die ganze Angelegenheit so, daß ein Teil der deutschen Kriegsschuld, die sich in Schuldverschreibungen, Obligationen darstellt, flüssig gemacht, mobilisiert wird. Diese Forderung ist geradezu der Schlüssel für die kommenden Reparationsverhandlungen. Nehmen wir einmal an, Deutschland willigt auf die französische Forderung, einen Teil seiner Kriegsschuld zu mobilisieren, ein. Dann könnten nur die großen amerikanischen Banken die deutschen Schulden, die deutschen Obligationen aufkaufen und Frankreich dafür bares Geld zur Erlöschung seiner dringenden Verpflichtungen geben. Die deutsche Schuld an die Reparationsgläubiger würde sich damit in eine Handelschuld, in eine kommerzielle Schuld verwandeln, in dem Maße, wie die amerikanischen Banken die von Deutschland ausgestellten Obligationen aufkaufen. Daß ein solches Geschäft für die amerikanischen Banken ein glänzendes Geschäft ist, braucht wohl hier nicht besonders betont zu werden. Daraus folgt folgendes: der Dawesplan von 1924 wurde von der Internationalen Handelskammer gemacht, um die Profiquoten im Welthandel wieder herzustellen, den Welthandel wieder in Gang zu bringen. Auf die neue Regelung der Reparationszahlungen bringt das internationale Finanzkapital, um an den im Kriege investierten Milliarden endlich gut zu verdienen.

Wenn es Deutschland gelingen sollte, auf der kommenden Reparationskonferenz seine Zahlungen zu ermäßigen, so werden sich unsere Gläubigerstaaten nicht aus Mitleid oder Humanität zur Nachgiebigkeit herbeilassen. Im Gegenteil, Deutschland wird auf der Konferenz um jede Million Mark hart kämpfen müssen. Die internationale kapitalistische Verpflichtung aber, die hinter den ganzen Erörterungen steht, bietet Deutschland erst die große Chance, daß man in der Neuaufstellung der deutschen Reparationszahlungen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit Rechnung trägt. Bis jetzt waren wir auf Grund des Dawesplans gegen eine Ueberpannung unserer Leistungsfähigkeit durch die sogenannte Transferklausel geschützt. Sinn dieser Klausel ist, daß die deutsche Währung durch die Uebertragung der deutschen Reparationszahlungen nicht gestört und nicht geschwächt werden darf. Sie war ohne Zweifel in den ersten Jahren nach der Inflation eine wertvolle Garantie für den Bestand der neuen deutschen Währung.

Diese Transferklausel soll nun, wie Parker Gilbert in seinem letzten Jahresbericht anregt, für die neue Regelung fortfallen. Entscheidende Gründe, daß Deutschland auf den Transferchutz nicht verzichtet, sind nicht vorhanden, wenn man unter entscheidenden Gründen währungsrechtliche und lebenswichtige Gründe versteht. Wir verzichten aber in der Transferklausel auf einen so wichtigen Schutz, daß es selbstverständlich ist, diese Klausel so teuer als möglich zu verkaufen, das heißt, wir können auf den Transferchutz nicht verzichten, wenn man uns im Nachlaß der jährlichen Reparationszahlungen nicht so weit entgegenkommt, daß wir diese Leistungen ohne Gefahr für Währung und Wirtschaft in Zukunft vollziehen können.

### Juli.

Am 5. Juli stürzt der belgische Finanzmagnat Stoenstein aus dem Flugzeug ins Meer.

Im Schachtopfprozess werden die deutschen Angeklagten Meier und Otto freigesprochen, Badstieber zu einem Jahr Gefängnis und elf russische Lechniter zum Tode verurteilt.

Einen Tag später wird bereits die Hinrichtung von fünf der elf zum Tode Verurteilten gemeldet.

Die Genser Konferenz über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote endet am 11. Juli.

Der Reichstag verabschiedete am 12. Juli das Gesetz über die Senkung der Lohnsteuer.

Walter Lambach, Vorstandsmittglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion, wird aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich gegen sozialreaktionäre und monarchistische Bestrebungen seiner Partei wendet.

Die englischen Baumwollspinnere beschließen am 11. August, 240.000 Arbeiter auszusperrn.

### August.

Auf Veranlassung des Reichstags verordnet der Reichsarbeitsminister Wiffell, daß ab 20. August die Krifenunterstützung auf die Berufsprüfung Glashindustrie, Theaterbetrieb und un- bzw. angelernte Fabrikarbeiter auszudehnen sei. Beim Spinnstoffgewerbe kann die Krifenunterstützung auf Einordnung der Bundesarbeitslosenverhältnisse erfolgen. Die Unterstützung wird bei Arbeitslosen über 40 Jahre von 39 auf 52 Wochen verlängert.

Mehr als sieben Monate dauerte der Streit im schwedischen Erzbergbau, der nunmehr beendet ist.

Das Reichsbahngericht entscheidet, daß die Reichsbahn zu einer Tarifierhöhung berechtigt ist.

Reichsarbeitsminister Wiffell verordnet die Erhöhung der Angestelltenversicherungsgränze von 6000 auf 8400 M. pro Jahr.

Durch Schiedspruch erhalten die rheinischen Braunkohlenarbeiter eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 12 Prozent.

Die Unternehmer der Herrenkonfektion sperrn 40.000 Arbeiter aus.

Englands Eisenbahner erhalten ab 13. August eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 2 1/2 Prozent.

Am 27. August wird in Paris der Pakt zur Bechtung des Krieges (Kelloggpaht) von Vertretern von 15 Nationen unterzeichnet.

Ein deutschnationales Parteigericht hebt am 29. August Lambachs Ausschluß aus der Deutschnationalen Partei auf und erteilt ihm eine Buße.

Sugo Stammes jr. wird in Berlin verhaftet, da begründeter Verdacht besteht, daß er an den Wirtschaftskrächen beteiligt ist.

### September.

Der französische Handelsminister Bokanowski kommt am 2. August durch einen Flugzeugunfall ums Leben.

Vom 3. bis 7. September tagt in Hamburg der Kongress der freien Gewerkschaften. Die Demokratisierung der Wirtschaft bildet den Kernpunkt der Tagung.

Der Arbeitgeberverband des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues kündigt zum 30. September die Lohnordnung.

In Genf wird in Verbindung mit der vorzeitigen Rheinlandräumung die Reparationsfrage neu aufgerollt.

Vom 9. bis 11. September findet in Köln der 7. Bankiertag statt. Der Hamburger Bankier Warburg nennt den Arbeitnehmer den ersten Feind geordneter Publizität.

In Salzburg tagt vom 12. bis 15. September der Deutsche Juristentag. Der Vorschlag zu einer Reform der Kartellgesetzgebung macht.

Am 21. September tagt in München der Deutsche Großhandelsrat, auf dem Professor Schumpeter die heutige Wirtschaft eine private Planwirtschaft nennt.

Ein Schiedspruch im Lohnkonflikt in der Herrenkonfektion stiftet eine Lohnhöhung um 10 bis 12 Pf. je Stunde vor.

### Oktober.

Der Generalrat der Reichsbank wählt einstimmig Dr. Schacht auf weitere vier Jahre zum Reichsbankpräsidenten.

Rund 50.000 Werftarbeiter beginnen am 1. Oktober den Streik.

Am 4. Oktober treten 40.000 Textilarbeiter in Lodz (Polen) in den Streik um höhere Löhne.

Im Waldenburger Steinoblenrevier treten am 8. Oktober die Bergarbeiter in einen Streik, um höhere Löhne zu erreichen.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ startet am 11. Oktober zum Flug nach Amerika, wo es nach 112stündiger Fahrt landet.

Zwischen Poincaré, Churchill und dem Reparationsagenten Parker Gilbert finden am 19. Oktober in Paris Besprechungen über die Reparationsfrage statt.

Der Textilarbeiterstreik und der daran sich anschließende Generalstreik in Lodz werden am 20. Oktober durch einen Vermittlungsvorschlag der Regierung beigelegt.

In der München-Glabacher Textilindustrie wird am 23. Oktober ein Schiedspruch gefällt und für verbindlich erklärt, der eine fünfprozentige Lohnaufbesserung vorseht (die Arbeitgeber hatten einen Abbau von 12 1/2 Proz. gefordert), wodurch die Ausperrung beendet ist.

Am 23. Oktober wird ein „Internationales Komitee zum Schutze der Inhaber russischer Anleihen“ gegründet, dem auch deutsche Banken beitreten, was in russischen Regierungskreisen große Verstimmung hervorruft.

### November.

Am 1. November sperren die westdeutschen Metallindustriellen trotz eines für verbindlich erklärten Tarifvertrages 200.000 Metallarbeiter aus und fordern die Gültigkeit des Tarifvertrages an.

Hermann Jäckel, der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, stirbt am 2. November.

Die Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie kündigen alle Lohnaufträge zum 30. Nov., wovon 300.000 Arbeiter betroffen werden.

Nachwahlen in England ergeben einen Sieg der Arbeiterpartei.

Das Duisburger Arbeitsgericht erklärt am 12. November den für die westdeutsche Industrie gefällten und verbindlich erklärten Schiedspruch für ungültig, bestätigt somit den Rechtsstandpunkt der Arbeitgeber.

Die englische Regierung erhöht am 15. November den Fondszins für die Erwerbslosenversicherung von 600 auf 800 Mill. M.

Am 17. November beschließt der Reichstag, daß den von der Ausperrung betroffenen westdeutschen Metallarbeitern vom Reich nach einer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung zu stellen sind.

Das europäische Aluminiumkartell wird um weitere vier Jahre verlängert.

Die Reichsregierung übermittelt am 23. November den beteiligten Mächten eine Denkschrift zur Reparationsfrage.

Das Duisburger Landesarbeitsgericht hebt als Rechtsinstanz am 24. November den Spruch des Arbeitsgerichts auf und bestätigt die Rechtsauffassung der Arbeitnehmer.

### Dezember.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die anlässlich der Schacht-Affäre unterbrochen wurden, werden wieder aufgenommen.

Am 3. Dezember wird die Arbeit in der westdeutschen Industrie wieder aufgenommen, da sich beide Parteien einem Schiedspruch Beverings unterworfen.

Der Vorsitzende des Deutschen Buchbinderverbandes, Josef Seitz, stirbt am 3. Dezember.

Die Mannesmannrohrwerke legen die Schachtanlage Unfer Fritz mit über 1200 Mann Belegschaft im Weihnachtsmonat still.

Dr. Lutter will endlich am Jahreschluß aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn ausscheiden.

Am 21. Dezember fällt Bevering seinen Schiedspruch für die nordwestdeutsche Metallindustrie.

Am 31. Dezember läuft der Tarifvertrag in der mitteldeutschen Metallindustrie, der von den Arbeitgebern gekündigt ist, ab.

Der Eisenfelder Arbeitgeberverband für die rechtsrheinische Textilindustrie kündigt ebenfalls das Lohn- und Arbeitszeitabkommen zum 31. Dezember.



# Haus und Leben

## Meiers Ansichten.

Nomisch, wie sich die Ansicht eines Mannes ändern kann! Mal wechselt sie im Zeitraum von Jahren oder Monaten und Wochen, mal dauert es nur Tage oder Stunden. Während ich ja ganz gut verstehen kann, daß man über irgendeine Sache im Zeitraum von Jahren, Monaten oder Wochen seine Meinung ändern kann, so halte ich aber doch den für — na, ich finde den richtigen Ausdruck nicht — also sagen wir mal: für nicht recht bei Trost, der über eine Sache, die einfach schlecht verträglich ist, sich herumdreht und seine Meinung von vormittags bis nachmittags wechselt. Und das ist jetzt hier passiert. Also hört mal zu:

Meier ist mir schon lange als Schwäger bekannt. Nicht groß bin ich ihm schon aus dem Grunde nicht, weil er als Metallarbeiter den Weg zum Verbände nicht finden kann. Er kann ihn einfach nicht finden, sagt er jedem, der ihm mal so von wegen Organisieren etwas erzählt. Wenn ich auch sehr erzähle, was er zur Begründung für seine Behauptung anführt, dann bleibt bitte ernt. Meier findet aus Idealismus den Weg zur Gewerkschaft nicht. Also Idealismus ist einfach das Bemühen für seinen Eintritt. Na — jedem, der ihn so oberflächlich kennt, kann er das ja erzählen, aber ich, wo ich ihn schon etliche Jahre kenne, ich weiß, wie es mit seiner idealen Gesinnung aussieht. Und damit er auch nicht weiterhin einen Wären aufbinden kann und ihr auch zu meiner Ansicht kommt, will ich etwas mehr von ihm erzählen.

Meier ist immer mürrig gewesen, wenn irgendwas „Los“ war. So z. B. beim Kapp-Putsch, da hat er aus lauter Idealismus allerhand Sachen an sich genommen, vom feldgrauen Rock bis zum Fieberfahel und vom feinen Schürzenstich bis zum Portemonnaie, ja, er gehörte in den Tagen zur roten Truppe und es tat nachher seinem Idealismus keinen Abbruch, wenn er, um seine ideale Person in der Sonne nicht zu sehen, seine Kampfgenossen von gestern an seine lieben Freunde von heute verriet. Er versichert seinen Freunden von heute, wie sehr er ein Mann der Ordnung sei und wie sehr er jedem Raub und jeder Plünderung bei solcher Gelegenheit, wie der Kapp-Putsch eine war, abhold sei, und alles, was in jener Richtung sich bewegte, verurteile. Wie gesagt, so handelte er aus reinem Idealismus.

Nun ist ja über die Geschichte vom Frühling 1920 viel Gras gewachsen. Ich tat aber doch vor zwei Jahren bei ihm meine Bewunderung darüber kund, daß er, ein solch kluger und vernünftiger Mann, nicht gewerkschaftlich organisiert sei. Da meinte er, das könne er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren. Erst recht dann nicht, wenn er an den Verrat der SPD. und der Gewerkschaften dachte, denn diese beim Kapp-Putsch an den roten Welden begingen. Ueberhaupt sei in den Gewerkschaften der Kampfscharakter, den solche Organisationen doch haben müßten, schon längst tot. Also: eintreten — geht nicht. Dann käme noch hinzu der infame Schlichtungsschwindel. Den bekämpft ja nun die SPD. sehr erfolgreich, und er wisse noch nicht, aber es könnte sein, daß er Kommunist würde.

Auf meine schlichteste Frage (man muß immer bei ihm schlichtern fragen, er könnte es einem sonst übernehmen, und er hat einen Wortschwall, man kommt da so recht nicht mit), was es denn sei mit dem Schlichtungsschwindel, da sagte er überlegen, er wisse davon nichts, auf alle Fälle müsse es aber eine mordwürdige Geschichte von Verrat sein, woher denn sonst die SPD. dazu käme, die Sache zu bekämpfen?

Monate später traf ich ihn wieder. Ich wollte gar nichts von ihm wissen, aber er hat eine solche lebenswürdige Art und Weise, einem seine Gesellschaft aufzubringen, man kann da schlecht widerstehen. Na, unser Gespräch war wie immer geistreich und wurde in der Hauptsache von ihm gesteuert, versteht sich. Er redete übrigens verhältnismäßig vernünftig. Daß die Gewerkschaften Verrat übten und so — nein, das täten sie nicht, aber die Mitglieder für dumm halten, das bräuchten sie aber doch fertig.

## Der Bergbach.

Aus hohen Bergen fließt zu Tal ein kleines Bächlein leicht und Es plätscherte nur leise. [schmal]  
 Da traf's nach einer kleinen Weile ein andres, das in gleicher Eil' Nacht auch dieselbe Reize. [schmal]  
 Getrennt noch waren beide schwach, weshalb so vieles Ungemach Sie hatten zu bestehen. [schmal]  
 Bald hielt ein mächt'ger Baum sie auf, bald hemmt ein Stein den Sie mußten ihn umgehen. [schmal]  
 Doch ob's nun nachtet oder tagt, sie liefen wie vom Feind gejagt, Es gab kein Stehenbleiben. [schmal]  
 Sie folgten beide einer Spur, denn beide wollten eines nur: Im Tal die Mühle treiben. [schmal]  
 Jedoch ein Mühlenrad zu drehn, das ist nicht gar so schnell Da floßen sie zusammen. [schmal]  
 Nun konnt' der grös're Bach gewiß schon leichter mannes Hins Aus seinem Wege rammen. [schmal]  
 Des Baches Stimme lauter schallt, sie dringt zur Höh' und durch Von freien Hängen fließen [den Wald...]  
 Nun viele andre Bächlein zu, die lustig plätschernd dann im Flu Sich all' in ihn ergießen. [schmal]  
 Nun ist der Bach gar mächtig groß und mancher Baum, manch' Konnt' seine Kräfte fühlen. [schmal]  
 Er warf die Wellen mit Gewalt in jede Ritze, jeden Spalt, Um sie zu unterfüllen. [schmal]  
 Malm mit sich fort den Stein, den Baum, und schuf sich freie Konnt' dies das Bächlein oben? [schmal]  
 Es flingt so scharf, flingt so scharf dies rauschen, Brausen und Dies Schäumen und dies Toben. [schmal]  
 Das Mühlenrad raselt längst nicht mehr, der Bergbach flirmt dar- Es ist kein Malm, kein Wille. [schmal]  
 Das Rad dreht sich so schnell es kann, und kommt es auf den Dann steht es niemals stille. [schmal]  
 Und die Moral von der Geschicht? Der Bergbach doch so deutlich Du sollst Genossen werden! [schmal]  
 Reinigung nur gibt die Kraft, wodurch ein großes Werk man Das fort sich kann bererben! [schmal]

Albert Kalb, Penzberg.

## Der Steinblock.

Ein mächt'ger Steinblock liegt schon seit Jahrtausend Vor einem Spalt im Felsen bis zur Stund'.  
 Er kam einst von der Höh' herunter, laufend, Star Puffel hielt ihn fest im Wiefengrund.  
 Und was dahinter wußt, es muß nun herben, Sein Rüstchen wecht mehr in den Spalt hinein.

## JANUAR

Der weiße Tod geht übers weite Land  
 Und webt ein Linnen über seine Wehen.  
 Die Sonne kriecht am grauen Himmelsrand  
 Und krächzend flügeln hungermatt' Krähen.

Vergreist, entkräftet schauert Baum und Strauch,  
 Das Wild beknabbert schon die Wurzelstränge,  
 Aus überschneitten Hütten steigt der Rauch  
 Und wirbelt Keulen in die Wolkenhänge.

Des Wandrers Schritt knirscht in der Einsamkeit  
 Wie Elend in den dunklen Winkelgassen.  
 Verhärmte Kinder im geflickten Kleid  
 Ergötzen sich auf glatten Schneeterrassen.

Die armen Leute streifen durch den Wald  
 Und sammeln frierend Reisig und Gesplitter,  
 Denn ihre Stäbchen sind so feucht und kalt —  
 Im Winter arm zu sein ist doppelt bitter.

Victor Kalinowski.

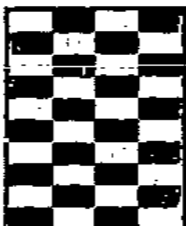


„Denn sehen Sie“, sagte er, „bei dem heutigen Stand der Gesetzgebung: ich erinnere Sie an die Schlichtungsordnung, an das Betriebsrätegesetz und so — sehen Sie, was brauche ich als aufgefällter Mensch einen Verband! Es wird niemals einen gewerkschaftlichen Kampf mehr geben. Das regelt alles der Staat. Gewerkschaften sind für die Masse eine Einrichtung, wo sie für ihr eigenes Geld dumm gehalten wird. Ich gönne ja den Angestellten und Führern der Verbände ihre Wäntchen, wenn die anderen so dumm sind und zahlen.“

Ich hatte während der Zeit versucht, ihn daran zu erinnern, was er früher in bezug auf den Schlichtungsschwindel gesagt hatte, aber da zuckte er bedauernd die Achsel: ich müsse mich da irren, seinen Standpunkt vertrete er schon immer.

Nun traf ich ihn gestern wieder. Er segelte gleich auf mich los: „Ja, da haben wir den Salat! Habe ich Ihnen nicht immer gesagt, die Unternehmer pfeifen auf den Staat, auf Schlichter und Verbindlichkeitsklärung. Die warten den richtigen Zeitpunkt ab und dann schlagen sie los. Wann jetzt noch wenigstens Gewerkschaften da wären, die richtig zu kämpfen verständen, wäre ja die Sache schnell erledigt.“

Ich war blatt und lasse ihn das auch merken. Aber da erzählt er mir lang und breit, daß er schon immer gesagt habe, Kampfsgeist müsse in die Verbände, dazu seien sie da, die Opposition sei ja leider in der Minderheit, sonst sähe es aber anders aus. Ich magte dann doch mal zu widersprechen und zeigte ihm, was er früher über Schlichtung usw. gesagt habe. „Sie irren, mein Lieber!“ Das war alles. Er habe immer gesagt, solange die Gewerkschaft



## BAUSTEINE

sind notwendig, wenn etwas Grosses entstehen soll. Auch deine Organisation benötigt solche zu ihrem Ausbau. Dein Baustein ist dein Beitrag. Zahle ihn pünktlich

### für die erste Woche 1929!

Die München haben all' schwindelichte Farben,  
 Des Lebens Urquell fehlt — der Sonnenschein!  
 Die feuchte Miederlust jedoch, die schwüle,  
 Bracht' kalb in Schweiß den Felsenüberhang.  
 Ein Wassertröpfchen erlt, dann wurden's viele,  
 Eins nach dem andern auf den Steinblock sprang.  
 Nid, Nid, Nid, Nid, die Tröpfchen fielen nieder:  
 Wir fürzen dich, auch uns gehört die Weist!  
 Und: Nid, Nid, Nid, so tönt es immer wieder,  
 Obgleich der starre Blod sie all' zerstückelt.  
 Sie türmen noch, und müssen sie's auch hüßen,  
 Sie wollen in die Freiheit, an das Licht!  
 Wohl liegen sie zerstückelt zu seinen Füßen,  
 Zu Ende ist der Kampf jedoch noch nicht.  
 An seinem Fundamente sie nun nagen,  
 Sie wühlen immerfort — bald steht er stief. —  
 Die Erde weicht — sie kann ihn nicht mehr tragen —  
 Bald wird er fallen und — dann fällt er tief!  
 Albert Kalb, Penzberg.

## Menschen, die Hoffnung verkaufen.

Von Frank Crane, New York. / Uebersetzung von Max Hayek.  
 Einer der Aussprüche Napoleons: „Man kann ein Volk nur führen, wenn man ihm eine Zukunft zeigt. Ein Führer ist ein Mensch, der Hoffnung verkauft!“  
 Ein glückliches Wort: ein Mensch, der Hoffnung verkauft!  
 Denn Menschen, die Verzweiflung verkaufen, haben wir gerade genug!  
 Das billigste und einfachste in der Welt ist: zu beweisen, daß sie auf der Kutschbahn zur Vernichtung hinabfährt, daß die Männer brutal sind, die Frauen schlecht, und daß es sich nicht lohnt, zu leben. So wie es der Londoner Bürger ausdrückte: „Was nützt alles? Nichts!“  
 Jeder junge Richter, den man nicht schämt, sagt uns, was für eine schreckliche Welt das ist. Jeder Mäandling von einem Essayisten oder Kritiker, jeder Prediger, der schnell populär werden möchte, jeder Romanschreiber, der sein Buch zu einem Schlager machen will, spielt die gleiche Melodie, wenn er kein melancholisches Pferdehaar über die wohlgelegene Darmgasse streicht.  
 Aber Pessimismus ist nichts als Kinderei. Er ist Dilettantismus in der Philosophie, Unreife in der Religion. Der Mensch, der Verzweiflung verkauft, ist wie ein Hausierer mit Bananen oder wie ein Kleinkrämer, der seine Ware an Wägelchen herumsührt. Denn Pessimismus ist nichts anderes als die Unfähigkeit, allgemeine Gesetze zu erfassen und darnach gewisse Erscheinungen des Lebens übertrieben zu sehen. Optimismus glaubt und sieht immer die Allheit und nicht den Einzelfall.

Unterstützungsgelder zähle — auch Streikgeld gehöre dazu —, so lange wollten sie auch nicht kämpfen. Kämpfen könne man nur mit idealgesinnten Menschen. Ich könne versichert sein, sagte er weiter, daß dieser Kampf verloren ginge aus dem Grunde, weil Streikunterstützung gezahlt würde, das wäre doch keine Art zu kämpfen, die sehr sehr materiell aus. Aus diesem Grunde sei er auch noch nicht Mitglied der Organisation, er habe sich das sehr überlegt und halte das Bestehen der Gewerkschaften für durchaus notwendig, aber, wie gesagt: Ideal, vor allem Ideal müsse die Hauptsache sein, sonst ginge es einfach nicht.

Gegen Mittag sah er mit mehreren Bekannten in einer Wirtschaft. Thema: Eisenkonflikt. Und wollt ihr wissen, wie seine Meinung über den Verband jetzt war? Er hatte mich nicht bemerkt, wußte also nicht, daß ich auch da war, sonst wäre vielleicht was anderes gekommen. Also seine Meinung: „Nein, nein“, sagte er zu den anderen, „Ihr könnt sagen, was ihr wollt: von Idealismus allein kann man auch nicht leben, kann man auch keinen Kampf gewinnen. Da ist es ganz gut, daß der Metallarbeiterverband 20 bis 25 Mark Streikunterstützung zahlt, daß die Gemeinden und Städte für die anderen sorgen. Aus dem Grunde, allein aus dem Grunde, weil die materielle Existenz der Ausgesperrten in etwa gesichert ist, haben die Unternehmer schmerzliches Spiel.“ Ich kam aus dem Staunen nicht heraus, aber bald merkte ich, daß ich keinen Grund hatte dazu. Denn auf die Frage, die einer aus der Tischrunde an ihn richtete, warum er denn mit solch einer Ansicht nicht organisiert sei, gab er zur Antwort: Organisiert sein wäre gut für die Masse, die wirtschaftlich nicht besonders gestellt sei. Er selber denke sehr individuell und sei auch auf Grund seines Weltbildes in der Lage gewesen, sich für diesen Kampf, den er kommen gesehen habe, zu disponieren, halte es also sehr gut und sehr lange aus im Kampf.

Ich bin dann gegangen, ein wenig angelebert von seinem Gespräch. Abends traf ich Paul Darmann, meinen Freund, der Funktionär im Metallarbeiterverband ist. Dem hatte sich Meier angelebert und ihn gefragt, ob er, wenn er jetzt in den Verband ginge und vielleicht für drei bis vier Monate Beiträge rückwärts zählte, nicht auch Streikunterstützung bekomme, er habe immer schon vorgehabt, zu kommen, aber Nachlässigkeit und Vergesslichkeit hätten ihn, der seit Jahren schon innerlich von der Existenzberechtigung der freien Gewerkschaften überzeugt sei, von diesem Schritt abgehalten. Paul hatte natürlich, sein lächelnd, den Kopf geschüttelt und verneint. Da habe der Meier dem Metallarbeiterverband den Untergang prophezeit und den übrigen Verbänden dazu.

Daß die Mitglieder der Verbänden laufen gingen, läge ja nur daran — und neue Mitglieder kämen deswegen auch nicht —, weil die gesamten Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften veraltet seien und sehr der Erneuerung bedürftig. Das sehe man ja in einem Falle wie diesem.

Paul hat ihn orakeln lassen. Ich glaube aber, Kameraden, uns tut not, sich ein wenig auf diese Leute einzustellen, aber nicht so schüchtern, wie ich das bei Meier gemacht habe.  
 Max Heiland, Berghofen.

## Frauen im Dienste der Kranken.

Nach der Bestandsaufnahme des „berufstätigen Selbst- und Pflegepersonals im Deutschen Reich“, die das Reichsgesundheitsamt soeben veröffentlicht, ist der weibliche Anteil an diesen Berufen sehr groß. Auf 24 männliche Ärzte kommt eine Ärztin, im Apothekerberuf auf 100 männliche Apotheker 24 weibliche, auf 100 männliche Personen des Apothekerpersonals 32,4 weibliche, bei den Zahnärzten ist das Verhältnis 25 zu 1. Sehr hoch ist natürlich der Anteil der weiblichen Krankenpflegepersonen, er beträgt 74 839. Hier ist das Verhältnis der weiblichen zu den männlichen Personen so, daß auf eine männliche 5,33 weibliche treffen.  
 Dr. R. K.

Der Pessimismus sieht eigentlich nur ein paar Fuß weit vor seiner Nase. Optimismus ist Vision, Fernsicht.  
 Pessimismus ist unfruchtbar, ohnmächtig. Optimismus schöpferisch.

Pessimismus ist eine Kraft des Todes. Optimismus eine Kraft des Lebens. Ein Wort des Bauernarzes: „Wer große Dinge vollbringen will, muß leben, als ob er nie stirbe!“  
 Und alle unsere Ueberzeugung von der Unsterblichkeit ist nichts als ein Ueberfließen des Lebens. Sie kommt aus der Ueberfülle der Lebenskraft. Und nur dort, wo das Leben schwach, unfruchtbar und bitter ist, nur dort weigert es sich, an den Wert des Lebens zu glauben.

Auf den großen Märkten der Welt haben Menschen, die Hoffnung verkaufen, den Zulauf.  
 Traubstann. ist unbedeute Ware.

## Die Erde ist die Heimat des Menschen.

Ich sah mit den Nationalisten an einem Tische, und sie lobten und priesen das Land, worin sie geboren wurden. Und jeder nannte das Land, worin er geboren wurde, das schönste und allerherrlichste Land auf Erden. Und in jedem flammte die Liebe auf zu diesem Lande.

Doch da war einer unter ihnen, welcher sagte: „Das Land, worin ein Mensch geboren wurde, ist nur ein Bezirk der Heimat des Menschen. Denn die zweite, große, wunderreiche Heimat des Menschen ist die Erde! Die Erde ist die Heimat des Menschen — mit weniger darf er sich nicht zufrieden geben, mit weniger wird er sich bereinst nicht zufrieden geben! Nicht sage das Blatt: „Der Zweig, an dem ich hänge, ist meine Heimat!“ Denn er gehört zum Baume! Nicht sage der Tropfen: „Der Eimer Wasser, worin ich lebe, ist meine Heimat!“ Denn er gehört zum Meerel! Nicht sage die blaue Farbe: „Mir ich bin schön!“ Denn alle Farben sind schön! Jede auf ihre Art! Und so erkenne der Mensch: die Erde ist seine Heimat, die ganze, große Erde und nicht nur ein Teil von ihr! Von weither fließt der Strahl der Sonne auf die ganze Erde, von weither das Licht des Mondes auf die ganze Erde, von weither schimmern die Sterne der ganzen Erde! Die Winde überfahren Ost und West und Süd und Nord! Von weither kommen sie, um allen Menschen ihre Kraft zu bringen! Ein Luftmeer umflutet die Erde und gibt allen Menschen Aether zu atmen! Darum soll der Mensch wachsen in seiner Seele, daß sie groß und weit werde und ihre Heimat erkenne, ihre große, herrliche, weite Heimat, die Erde!

Expansion der Seele — dies ein Wort, das Zukunft hat!  
 Geschlechter nach uns werden wissen und fühlen: die Erde ist die Heimat des Menschen! Die ganze Erde!  
 Max Hayek.

# Heran an den Feind!

Die jüngste Metallarbeiterausperrung im Ruhrgebiet enthält ein schauerliches Bild der Organisationslosigkeit der Arbeiter. Selbst wenn man alle organisationshemmenden und -zerstörerischen Faktoren in Rechnung stellt, bleibt ein erschütterndes Manko an Verständnis für den Organisationsgedanken, an Solidarität und an Klassenbewußtsein. Dabei erteilt das Unternehmertum im Ruhrgebiet der Arbeiterschaft einen so deutlichen Anschauungsunterricht wie kaum in einem anderen Industriebezirk Deutschlands. Die kapitalistische Konzentration hat hier einen sehr hohen Grad erreicht. Das Unternehmertum ist, unbeschadet der verschiedenen politischen und religiösen Einstellungen der einzelnen Personen, vollkommen und einheitlich organisatorisch verbunden. Trotzdem hier die freigewerkschaftliche, die christliche, die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsbewegung — früher hatten wir hier noch eine Polnische Berufsvereinigung — seit Jahrzehnten am Werke sind, die Arbeiterschaft aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und man annehmen müßte, daß gerade im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die große Masse der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sei, stellte sich heraus — im letzten Jahre der Republik! —, daß hier der weitaus größte Teil der Arbeiter noch unorganisiert ist! Von den 218 000 Ausgesperrten waren 150 000 unorganisiert!

Einem Duzend, Beherrscher der Eisen- und Stahlindustrie steht ein Heer von 150 000 Unorganisierten gegenüber, ein Heer von Arbeitern, das sich selbst zu Sklaven degradiert! Ein Heer von Indifferenten, das es dem organisierten Viertel seiner Arbeitskameraden überläßt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln und schließlich noch über die Erfolge der Gewerkschaften abfällig urteilt, seine unverzeßliche Position wohl gar noch mit der Behauptung zu verteidigen sucht, die Gewerkschaften könnten ja doch nicht viel ausrichten. Eine Masse, die offenbar nicht zur Ueberlegung fähig ist, um wie viel leichter die Tätigkeit der Gewerkschaften, um wieviel erfolgreicher sie sein müßte, wenn die Reihen der Organisation geschlossen wären. Eine Arbeitermasse, die immer noch nicht begreifen will und begreifen kann, daß für sie ebenso notwendig wie Wohnung, Nahrung und Kleidung der Verband ist, weil von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation ihr Lohnneinkommen abhängt, das für ihre ganze Lebenshaltung bestimmend ist.

Die Vorbedingungen für die gewerkschaftliche Organisation sind in den einzelnen Industrien und Berufen sehr verschieden. Intelligenterer Arbeiterschichten, wie etwa im graphischen Gewerbe, haben den Organisationsgedanken viel früher und viel besser begriffen als andere. Doch selbst die geschlossenen Organisationsgruppen. Deshalb müßten auch alle die Arbeiter, für die das Organisationsproblem gelöst ist, in den eigenen Reihen teinem

Unorganisierten mehr begegnen, sich mit für die allgemeine Verbreitung des Organisationsgedankens einsetzen und sich nicht nur auf den Standpunkt stellen, das sei Sache der zuständigen Organisationen, die selber zusehen mögen, wie sie mit der Erfassung der Unorganisierten fertig werden. Wenn beispielsweise die in unseren Konsumvereinen oder die in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitnehmer vollständig oder nahezu vollständig organisiert sind, so ist das gute Organisationsverhältnis den besonderen Verhältnissen mit zu danken. Dort, wo die gewerkschaftlichen Voraussetzungen ungünstiger liegen, sollten alle Organisierten mit eingreifen, wann und wo irgend sie dazu Gelegenheit haben.

Der Jahre- oder gar Jahrzehntelang organisierte überzeugte Gewerkschaftler ist leicht versucht, mitleidig darüber zu lächeln, wenn er noch von Zorn und Nutzen der Organisation hört oder liest. Er kann es kaum begreifen, daß immer noch soviel Unorganisierte auf der Welt herumlaufen. Aber da es nun einmal so ist und weil auch die bestorganisierte Arbeitergruppe auf ihrem Vormarsch durch die Masse der Unorganisierten aufgehalten wird, muß er immer wieder dazu beitragen, daß kein Arbeiter mehr unorganisiert herumläuft. Jeder einzelne organisierte Arbeiter und Angestellter müßte selber erst irgendetwas, irgendwo und irgendwie den Anstoß bekommen von anderen, die schon vor ihm begriffen hatten, was ihnen inzwischen längst in Fleisch und Blut übergegangen ist. Und darum hat jeder Einzelne die Verpflichtung, die gewonnene Erkenntnis weiter zu verbreiten, sie nicht ihm wenig, wenn er sie für sich behält.

Die Geschicke der organisierten wie der unorganisierten Arbeiter sind untrennbar verbunden. Die Unorganisierten müssen aus dem Sumpf der Gleichgültigkeit herausgezogen werden. Wir brauchen sie in unseren Gewerkschaftsreihen und sie brauchen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, den sie heute noch aus Unkenntnis ablehnen, sie brauchen ihn so nötig wie das liebe Brot.

Ludorfs Arbeitermarzschlaff ist heute etwas in Vergessenheit geraten. Aber noch immer gilt:

**Den Feind, den wir am tiefsten hassen,  
Der uns umlagert schwarz und düst,  
Das ist der Unterstand der Massen,  
Den nur des Geistes Licht durchbricht.**

Die Massenausperrung an der Ruhr hat die Unorganisierten sicherlich zu der Ueberzeugung gebracht, daß es doch besser sei, organisiert zu sein. Dieser Funke muß angefaßt werden zur Flamme der Erkenntnis. Und nicht nur im Ruhrgebiet! In allen Industriezentren sind wir noch von dem Feind des Unterstandes der Massen umlagert. Wir kommen nicht weiter, wenn wir ihn nicht unablässig mit allen Kräften bekämpfen. Agitation, Aufklärung tut immer noch not!

Fritz Korn.

## Der selbstlose Kallimagnat.

Und wie es wirklich war.

In den letzten Tagen entstand ein neuer Großtrust in der Metallindustrie. Zwei Konzernne, die bisher in Interessengemeinschaft standen, der Burbach- und der Gumbel-Konzern, vereinigten sich unter Aufgabe der rechtlichen Selbstständigkeit der einzelnen, den Konzernen angehörenden Gewerkschaften (eine im Bergbau übliche Gesellschaftsform) zu einem Großtrust. Der Trust wurde durch den Kallimagnaten Generaldirektor Korte, Führer des Burbach-Konzerns, errichtet und ist mit Hilfe von verwickelten Verschönerungen zum unerschütterlichen Herrschaftsbereich von Korte bzw. des Burbach-Konzerns geworden. (Die Gewerkschaften wurden zusammengefaßt in die Krügerhall-W.G., deren Aktienmehrheit der Burbach-Konzerns gehören wird. Die Burbach-Aktien werden aber zum Teil bei der Krügerhall-Gesellschaft, zum Teil bei der Hauptverwaltung des Burbach-Konzerns liegen.) Auf der Generalversammlung erklärte nun Generaldirektor Korte als Zeichen seiner Selbstlosigkeit, daß er durch die Fusion der Gewerkschaften 120 000 M. Einnahmen an Tantiemen jährlich verlor.

Man müßte mit dem bedauernswerten Generaldirektor Mitleid haben, wenn man nicht wüßte, daß die Trustgründung für ihn doch nicht so verlustreich ausfallen dürfte. Das Aktienkapital der Krügerhall-W.G. wurde gelegentlich der Trustgründung um 91 auf 125 Mill. M. erhöht. Davon erhalten die aufgelösten Gewerkschaften nur 36 Mill. M. im Umtausch ihrer Aktien an die Aktien des Trusts. Auf weitere 27 Mill. M. erhalten die früheren Augenbesitzer ein Bezugsrecht zu 150 Proz., eine neue auf je dreimal alte Aktien. Dem Generaldirektor Korte werden aus der Ausübung seines Bezugsrechts für die in seinem Besitz befindlichen Aktien sicherlich einige Vorteile erwachsen. Dann aber erhält die Burbach-Gesellschaft, das Unternehmen von Korte, 14 Mill. M. neue Aktien zu 150 Proz., hier also wieder nicht unerhebliche Gewinnmöglichkeiten für Korte. Die verbleibenden 14 Millionen junge Aktien werden von einer Gruppe (Konkordium) unter Leitung von Korte verwertet, um aus dem Erlös schwebende Schulden des Trusts abzudecken. Welche Personen und zu welchem Kurs sie die 14 Mill. übernehmen und welche Gewinne sie daraus für die eigene Tasche erzielen werden, ist freilich unbekannt. Daß aber Korte eine der Persönlichkeiten sein wird, die jene „Wertverwertungsaktien“ bekommen, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Auf diese Weise kann man wohl ruhig annehmen, daß die Gewinne des Herrn Generaldirektors aus der Trustgründung hoch genug sein werden, um den Ausfall von 120 000 M. jährlicher Tantiemen zu verschmerzen.

Für die Öffentlichkeit kann nun diese Finanzierung der Trustgründung keinesfalls gleichgültig sein. Was ist die Bedeutung davon, daß der Trust sein Aktienkapital auf 125 Mill. M. bemessen hat? In der Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ wurde vor einiger Zeit ausgerechnet, daß dieses Kapital zweifellos eine erhebliche Ueberkapitalisierung bedeute. Der Burbach-Konzern hat 170 Tausendstel an Quoten des Aktienkapitals. Bei 125 Mill. M. Aktienkapital entfallen auf das Tausendstel etwa 750 000 M. an Aktienkapital. Beim Kallimagnat Winterhall, der 400 Tausendstel Aktienquoten besitzt, ist die Kapitalisierung pro Tausendstel nur 500 000 M., beim Salzburger-Konzern nur 300 000 M. Je höher aber die Quoten kapitalisiert werden, um so größer müssen die Erlöse der Kallimagnaten sein, wenn sich das Aktienkapital entsprechend verzinsen soll. Generaldirektor Korte hat auf der Generalversammlung eine Dividende von mindestens 10 Proz. in Aussicht gestellt, was eine Rente von 75 000 M. pro Tausendstel beansprucht. Bei der Kapitalisierung im Winterhall-Trust ist aber für eine Dividende von 10 Proz. nur ein Ertrag von 50 000 M. pro Tausendstel erforderlich. Bei 300 000 M. pro Tausendstel erforderlich. Berücksichtigt man die in der Metallindustrie erreichten Umsätze, so sind bei Salzburger 20 Proz. des Umtages für die Verzinsung des Fremd- und Eigenkapitals erforderlich, bei Winterhall 30, bei Burbach über 35 Proz. Unter solchen Umständen ist die Bemerkung der erwähnten Zeitschrift: „Würde bei Winterhall und Salzburger Wasser in den Wein des Aktienkapitals geschüttet, so soll bei Burbach Schaum geschlagen werden“, berechtigt.

## Direktoren — die Parasiten der Volkswirtschaft.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat sich der englische Premierminister Mr. Baldwin kürzlich in einer Rede folgendermaßen geäußert:

„Seit die Privatunternehmungen in der Industrie den Aktien-gesellschaften Platz machen, mäßen sich in diesen eine große Zahl von Leuten, die mit dem Management in Verbindung sind, und von Direktoren, die man als Parasiten bezeichnen kann.“

In einer anderen Rede erklärte Baldwin: „Ich hoffe, daß man früher oder später bei der Bestellung von Direktoren einen Befähigungsnachweis verlangt. Ich hoffe, daß das „guinea pig“ (Meerschweinchen heißt der Spotname für Parasiten-Direktoren) dahin verschwinden wird, wo es hingehört: ins Museum.“

Der leitende Minister Englands weist hier auf einen Stand hin, der sich in England besonders ausbreitet hat. Einflußreiche Persönlichkeiten nehmen bei der Industrie, im Handel, bei den Banken und Verkehrsunternehmungen eine Stellung als Direktor oder Aufsichtsratsmitglied an, die hoch bezahlt wird. Es gibt Personen, die eine Vielzahl solcher Stellen inne haben und naturgemäß über außergewöhnlich hohe Einkommen verfügen. Die einmal so begehrten Ämter der Staatskarriere haben infolge dessen an Anziehungskraft sehr verloren. Es zeugt von der Engherzigkeit Baldwins, der bekanntlich konservativ und selbst Großindustrieller ist, wenn er öffentlich die Finger auf diese Leute legt.

Einen Unternehmer von der Sorte Baldwins dürfte Deutschland kaum aufzuteilen haben, denn er hat, wie erinnerlich, seine Kriegsgewinne freiwillig an die Staatskasse abgeliefert, und auch sonst Eigenschaften erkennen lassen, die hierzulande Kostspieligkeiten erregen würden. Wenn auch bei uns mit dem Direktorenposten ein solcher Unfug wie in England nicht getrieben wird, so ist auch hier die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß heute von der privaten Geschäftswelt außerordentlich hohe Gehälter gezahlt werden. Auch in Deutschland gibt es Personen, die über viele Tausende von Aufsichtsratsposten verfügen und dadurch Einkommen haben, das diejenigen von hundert und mehr Arbeitern übersteigt. Über man wird lange warten können, ehe ein deutscher Großunternehmer diese Art Leute mit Meerschweinchen und Parasiten vergleicht. Diese Herren genießen bei uns das höchste Ansehen. Das ist der große Unterschied. Die Offenheit Baldwins verdient höchste Anerkennung.

## Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelehrte Meinung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden. Die Zeitung ist ein gutes Werbemittel für den Verband.

## Entscheidungen des Knappschaftssenats beim Reichsversicherungsamt.

### Streit über das Versicherungsverhältnis im Sinne des § 194 R.V.G.

Wenn ein Streit über die Frage entsteht, ob ein Versicherter der Arbeiter- oder Angestelltenkrankenkasse angehört, muß im Rechtsverfahren der Arbeitgeber auch dann hinzugezogen werden, wenn die rechtprechenden Organe nicht von ihm, sondern nur von dem Versicherten zur Entscheidung angerufen worden sind. Diese Feststellung traf der fünfte Revisionssenat in einer Entscheidung vom 25. Oktober 1928. Das Urteil eines Knappschafts-Oberversicherungsamts, das bei einer Entscheidung des vorhin bezeichneten Streitfalls den Arbeitgeber nicht hinzuzugeworfen wurde aufgehoben. Die Geschäftsausschüsse der Knappschaft, die auch beim Streit über das Versicherungsverhältnis als erstes rechtprechendes Organ zu entscheiden haben, werden in Zukunft die Entscheidung beachten müssen.

### Auslegung zu § 36 R.V.G.

Zu den Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um zum Bezüge der Invalidenpension ohne Nachweis der Berufsunfähigkeit (Alterspension) berechtigt zu werden, gehört die Verrichtung wesentlich bergmännischer Arbeit während 180 Monaten in der Zeit der Beitragszahlung zur Pensionskasse. Nach dem Wortlaut des Gesetzes konnten nur solche Monate berücksichtigt werden, in denen die wesentliche bergmännische Arbeit geleistet wurde. Krankheitszeiten oder andere Ersatzzeiten wurden nicht berücksichtigt. Da Zweifel bestanden, ob die Ersatzzeiten nicht doch zu berücksichtigen sind, ist ein Fall ins Rechtsverfahren gebracht worden. Der neunte Revisionssenat beim Reichsversicherungsamt entschied, daß Monate, in denen nicht gearbeitet wurde, nicht berücksichtigt werden können.

### Entziehung der Invalidenpension nach § 35 R.V.G., wenn weiter wesentlich bergmännische Arbeiten verrichtet werden.

Vielmehr kommt es vor, daß unvernünftige Knappschaftsmitglieder die Knappschaftspensionsversicherung dadurch in Mitleid bringen, daß sie kurz nach ihrer Pensionierung die gleiche bergmännische Arbeit wieder aufnehmen, die sie vor erfolgter Pensionierung verrichtet haben. So sind zum Beispiel vereinzelte Fälle zu verzeichnen, daß Gesteinsbauer, die auf einer Zeche wegen Steinfallunfälle invalidiert wurden, kurze Zeit danach auf einer anderen Zeche wieder Arbeit als Gesteinsbauer aufnahmen und sie weiter wie früher verrichteten. Solche Fälle werden von den Gegnern des Reichsknappschaftsgesetzes, namentlich aber von den Bergbauunternehmern, sehr gern gesehen, weil sie ihnen als geeignetes Material dienen, die Knappschaftspensionsversicherung in ihrer jetzigen Form als nicht begründet hinzustellen. So hat zum Beispiel der Oberbergamtsrat, Generaldirektor Piatzschel, in seiner Rede, die er kürzlich vor Berliner Kaufleuten und Industriellen hielt, sieben Invaliden angeführt, die nach seiner Pensionierung als Gesteinsbauer tätig war, also eine Arbeit verrichtete, die von Piatzschel als die schwerste Arbeit bezeichnet wurde, die es im Bergbau gibt.

Da es unzweifelhaft ist, daß die große Masse der Knappschaftsmitglieder einen Mitleid mit der Pensionsversicherung nicht billigt, entzieht die Knappschaft solchen Invaliden, die ihr bekannt werden, die Pension, auch wenn die Ärzte sich auf den Standpunkt stellen, daß nach wie vor Berufsunfähigkeit vorliegt. Viele Mitglieder können es nicht verstehen, daß bei einem Berufsunfähigkeit anerkannt wird, obgleich er noch die gleichen Arbeiten weiter verrichtet, bei anderen Hinzuhörern nicht, obgleich sie nach ihrem subjektiven Glauben gar nicht mehr dazu imstande sind.

Wie weit die Vermutung einiger Kameraden zutrifft, daß namentlich die Revierärzte ihren Stahlhelmkameraden unter den Bergarbeitern eher die Berufsunfähigkeit anerkennen als bei den anderen Arbeitern, können wir nicht sagen. Wohl stehen die Ärzte, wie keine andere Berufsgruppe, politisch sehr weit rechts. Ein großer Teil von ihnen, namentlich im Ruhrgebiet, gehört rechtsradikalen Verbänden an, die besonders feindlich gegen die freien Gewerkschaften, also auch gegen unseren Verband, eingestellt sind. (Siehe Fall Dr. Stappert!) Aber ob der Haß so weit geht, daß sie ihren besonderen Freunden und ihren Mitgliefern als Arzt nicht mehr objektiv begegnen können, darüber liegt kein Beweismaterial vor. Und solange dies nicht der Fall ist, müssen wir an ihre Objektivität bei ihrer Gutachterstätigkeit glauben.

Da ein Invalide, dem die Pension aus dem Grunde entzogen wurde, weil er weiter wesentlich bergmännische Arbeiten verrichtete, das Rechtsverfahren anhängig machte, mußte der Knappschaftssenat beim Reichsversicherungsamt zu der Entziehung auch Stellung nehmen. Er entschied, daß die Pension entzogen werden kann, auch wenn der Arzt bestätigt, daß keine objektive Besserung seines körperlichen Zustandes gegenüber dem Zustande bei der Pensionierung eingetreten ist, der Invalide aber durch die Verrichtung der wesentlich bergmännischen Arbeit im knappschaftlichen Betriebe den Beweis erbringt, daß er zu ihrer Verrichtung nicht fähig ist.

## Unkosten-Beitrag zur Arbeitskammer.

Die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau genehmigte in der am 31. Oktober 1928 stattgefundenen Plenarsitzung den vom Rechnungsausschuß der Arbeitskammer aufgestellten Haushaltsplan für das Jahr 1929.

Nach der Verordnung vom 8. Februar 1919 (R.V.G. 202, § 19) sind die Kosten für die Arbeitskammer anteilig von den Inhabern der Betriebsstätten und den bei ihnen beschäftigten Arbeitern aufzubringen.

Nachdem im Jahre 1928 Beiträge für die Arbeitskammer nicht erhoben wurden, soll für das Jahr 1929 im Umlageverfahren ein Beitrag von 5 Pf. je Arbeiter erhoben werden. Denselben Beitrag haben die Unternehmer für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter an die Arbeitskammer abzuführen. Im Rechnungsausschuß sowie in der Plenarsitzung der Arbeitskammer war man sich darüber einig, daß das Auskommen von insgesamt 10 Pf. je im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiter für das Jahr 1929 nicht voll benötigt wird. Selbst dann nicht, wenn man die Wahlkosten für die in diesem Jahre stattfindende Arbeitskammerwahl mit berücksichtigt. Wenn trotzdem die Umlage in dieser Höhe beschlossen wurde, so aus dem Grunde, um für das Jahr 1930 von der Erhebung einer Umlage Abstand nehmen zu können. Wenn also die Bergarbeiter bei der nächsten Restlohnzahlung auf dem Lohnzettel einen Betrag wie folgt verzeichnet finden:

### Für die Arbeitskammer 0,05 RM.

so ist dieser Betrag für die Verwaltungskosten der Arbeitskammer für die Jahre 1929 und 1930 berechnet.

Im Vergleich mit den idealen und moralischen Leistungen der Arbeitskammer für die Bergarbeiter ist ein einmaliger Beitrag von 5 Pf. eine minimale Gegenleistung. Gelegenheit, die Bedeutung der Arbeitskammer für die Bergarbeiter darzulegen, bietet sich bei der im Sommer d. J. stattfindenden Neuwahl zur Arbeitskammer. Um für die Wahl gerüstet zu sein, ist auch hier die Stärkung der Organisation Voraussetzung. Je größer und fester die Organisation, desto größer und starrer die Anziehungskraft auf die uns noch fern Stehenden.

# Aus dem Saargebiet.

## Der Streit um die Lohnhöhe.

### Die Organisationen an die Belegschaften.

Wie wir in Nr. 52 der „Bergarb.-Bzg.“ kurz erwähnten, hatten die Tariforganisationen im Saargebiet einen Aufruf an die Belegschaften erlassen. Wir geben denselben nach Wortlaut wieder:

„Die Bergverwaltung hat am Montag, dem 17. Dezember, gegen den Willen der Bergarbeiterorganisationen eine neue Lohnordnung angehängt, die einseitig die Lohnhöhe herabsetzt. Wir sind mitgeteilt worden, daß die Belegschaften der Bergverwaltung versuchsweise die neuen Gehälter annehmen sollen, wenn die Verwaltung versucht, das Gehalte zu erhöhen, ist ein solches Ansinnen abzulehnen, da es doch nur dazu dient, die Belegschaften jetzt vorübergehend für das neue Lohnniveau mit seinen vielen Verschlechterungen und Ungerechtigkeiten zu gewinnen.“

Die Bergarbeiterorganisationen sind überzeugt, daß sie im Interesse der gesamten Belegschaft handeln, als sie für alle Arbeiter eine angemessene Lohnhöhe fordern. Wir wollen eine Lohnhöhe im Rahmen der Preisverhältnisse, die sowohl dem Arbeitgeber wie auch dem Schicksal der Arbeiter gerecht wäre. Die Bergverwaltung hat das abgelehnt. Sie will bei den Bergarbeitern die Lohnunterschiede verdoppeln, indem sie den Arbeitern, die schon über den Durchschnitt verdienen, noch eine große Zulage gewährt und anderen Arbeitern wenig oder gar nichts gibt. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß die Bergarbeiter, die bereits einen guten Lohn haben, sich auf die Seite der Bergwerksdirektion gegen die übrigen Arbeiter stellen. Die Bergwerksdirektion muß einsehen lernen, daß sie eine falsche Rechnung aufgestellt hat. Deshalb ersuchen wir alle Kameraden im eigenen Interesse, einen Gehaltsabgleich nach dem neuen System erst dann zu tätigen, wenn die berechtigten Forderungen der Belegschaft von der Verwaltung anerkannt und ein neuer Lohnvertrag mit den Organisationen abgeschlossen ist.

Kameraden! Lebt Disziplin und Solidarität! Verteidigt euer Recht! Laßt euch nicht über den augenblicklichen Abschluß eines guten Gehalts! Vergeßt keinen Augenblick, daß es oft vorkommt, daß Bergleute in diesem Monat einen hohen Verdienst haben, indessen sie im nächsten Monat nicht in der Lage sind, den Durchschnittslohn zu verdienen!

Die Lohnhöhe muß gerecht an alle Arbeiter verteilt werden. Um das zu erreichen, vertrauen wir auf die Mitarbeit jedes Bergarbeiters im Revier. Die ganze Belegschaft muß wie ein Mann zusammenstehen und erneut den Beweis erbringen, daß sie wahre Solidarität zu überwinden vermag.“

## Reichsbeihilfen für Sozialrentner.

Zugunsten der Sozialrentner des besetzten Gebiets, die ihre Bezüge von einer Saarversicherung beziehen, erließ der Reichsarbeitsminister folgende

### „Bekanntmachung über Reichsbeihilfen für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebiets.“

Die Bekanntmachung über Reichsbeihilfen für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebiets vom 22. September 1928 (Reichsanzeiger Nr. 22, Reichsarbeitsblatt Amtl. Teil S. 330) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1929 durch die nachstehenden Bestimmungen ersetzt:

1. Das Reich gewährt widerruflich Berechtigten, die Leistungen der Wochenhilfe oder Familienwochenhilfe, der Unfallversicherung oder der knappschaftlichen Versicherung des Saargebiets beziehen und nicht nur vorübergehend außerhalb des Saargebiets im Deutschen Reich wohnen, auf Antrag eine Beihilfe nach Maßgabe der Ziffern 2 bis 5.

2. Wer von einem Träger der Krankenversicherung des Saargebiets Leistungen der Wochenhilfe oder Familienwochenhilfe bezieht, erhält eine Beihilfe von 40 RM für jeden Entbindungsfall.

3. Wer von einem Träger der Unfallversicherung des Saargebiets eine Verletzrente von wenigstens einem Drittel der Vollrente oder eine Hinterbliebenenrente bezieht, erhält eine Beihilfe. Sie beträgt monatlich 16 RM zu einer Vollrente oder einer Hinterbliebenenrente, 12 RM zu einer Verletzrente von wenigstens zwei Dritteln der Vollrente, 8 RM zu einer Verletzrente von wenigstens der Hälfte der Vollrente, 6 RM zu einer Verletzrente von wenigstens einem Drittel der Vollrente, 6 RM zu einer Hinterbliebenenrente. Bezieht der Berechtigte mehrere Verletzrenten aus der Unfallversicherung des Saargebiets, so werden die Hundertteile zusammenzurechnen.

4. Wer von einem Träger der knappschaftlichen Versicherung des Saargebiets eine knappschaftliche Pension oder Hinterbliebenenrente empfangt, erhält, a) wenn er neben den knappschaftlichen Bezügen keine Rente aus der Invaliden- oder Unfallversicherung bezieht, eine monatliche Beihilfe von 14 RM, zur Invaliden- oder Alterspension, 2 RM zu den Bezügen einer Witwe, 6 RM zu den Bezügen einer Witwe; b) wenn er neben den knappschaftlichen Bezügen eine Rente aus der Invaliden- oder Unfallversicherung bezieht, 7 RM zur Invaliden- oder Alterspension, 4 RM zu den Bezügen einer Witwe, 3 RM zu den Bezügen einer Witwe.

5. Treten die Voraussetzungen für mehrere Beihilfen nach den Ziffern 2 bis 4 für denselben Empfänger zusammen, so wird die Beihilfe nur einmal, und zwar zum höchsten Betrage, gewährt.

6. Die Beihilfe zur Wochenhilfe oder Familienwochenhilfe zählt die Allgemeine Ortskrankenkasse des Wohnorts des Berechtigten. Anträge sind dorthin zu richten. Bei dem Wohnort keine Ortskrankenkasse, so ist die Landesversicherung anzufordern.

7. Die Beihilfen zu Leistungen der Unfall- und knappschaftlichen Versicherung zählt die für den Wohnort des Berechtigten zuständige Landesversicherungsanstalt. Anträge sind an die Landesversicherungsanstalt zu richten.

8. Dem Antrag sind auch die Unterlagen beizufügen, aus denen sich die Voraussetzungen für die Beihilfe ergeben, z. B. Bescheide des Versicherungsorgans des Saargebiets, Bescheinigungen.

9. Berechtigter, die ihre Wohnstätte aus dem Saargebiet nach dem übrigen Reichgebiet verlegt, erlangen die Beihilfen nach Biff. 3 u. 4 von dem auf den Zeitpunkt des Abzuges an dem Wohnort zuständige Versicherungsamt.

10. Die Anträge auf Erstattung der gezahlten Beihilfen sind dem Reichsversicherungsamt einzureichen, und zwar von den allgemeinen Ortskrankenkassen oder Landesversicherungsanstalten nach dem Bescheid des Reichsversicherungsamtes, von den Landesversicherungsanstalten unmittelbar.

11. Auf Antrag können den mit der Zahlung der Beihilfen betrauten Krankenkassen oder Landesversicherungsanstalten Zuschüsse in angemessener Höhe gewährt werden. Die notwendigen Beweismittel, die diesen Versicherungsverhältnissen aus der Durchführung der Bekanntmachung zufließen, werden auf Antrag vom Reichsversicherungsamt ersetzt; das Reichsversicherungsamt kann hierfür Beweismittel beschaffen. Das Gleiche gilt für die notwendigen Verwaltungskosten, die den Versicherungsverhältnissen aus der Durchführung der Bekanntmachung über Reichsbeihilfen für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebiets vom 22. September 1928 entstanden und noch nicht ersetzt worden sind.

Das Reichsversicherungsamt bestimmt das Regere.

12. Die als Reichsaufsicht nach Biff IV Nr. 1 der Bekanntmachung vom 28. September 1926 für die Zeit nach dem 31. Oktober 1927 gezahlten Beträge werden auf den Reichsaufsicht angerechnet, den die deutschen Versicherungsträger den außerhalb des Saargebiets wohnenden Berechtigten gemäß § 27 der Abrede zwischen der Deutschen Regierung und der Regierungs-Kommission des Saargebiets über Angelegenheiten der Sozialversicherung des Saargebiets vom 18. Oktober 1927 (RGBl. II S. 896) mit Wirkung vom 1. November 1927 ab zu gewähren haben.

Berlin, den 6. Dezember 1928.  
Der Reichsarbeitsminister: Wiffell.“

Im entgegenkommenden Werke hat der Reichsarbeitsminister die Anträge der Gewerkschaften, welche von dem Ausschuss der besetzten Gebiete unterstützt wurden, wenn auch nicht restlos, nach den Vorschlägen erledigt. Auch ein Erfolg der Gewerkschaften gegenüber den deutschösterreichischen Phrasen!

## Grube Jägerstunde.

### Wenn er nur hat, was fragt er nach den andern!

Besonderer Umgangformen bedient sich Steiger S., der vor einiger Zeit von den Lothringischen Gruben ins Saargebiet verpflanzt wurde. Steiger S. glaubt, seine Bildung, die er im lothringischen Bergbau bei Polen, Kroaten, Rumänen und Arbeitern aller möglichen Herren Länder an den Mann gebracht hat, nun auch im Saargebiet einführen zu können. „Maulaffe“, „Schwein“ usw. sind die Anreden des Herrn Steigers, der anscheinend die Arbeitsordnung der Saargruben noch nicht studiert hat. Wir empfehlen ihm deshalb, sich mal den § 2 Abs. 5 derselben anzusehen. Besonders Kopferbrechen macht dem Steiger die Arbeitszeit. Der Weg zum Schicht betragt von seiner Abstellung 20 Minuten. Der gute Herr, bedacht auf die Produktion seiner Auftraggeber, hält die Arbeiter bei der Arbeit bis fünf Minuten vor der Schicht.

## Stillelegung im Schieferbergbau.

### Weihnachtsbesetzung der Unternehmer an die Schieferarbeiter an der Mosel und in Gaub.

Der Schieferbergbau an der Mosel soll ab 1. Januar vollständig stillgelegt werden. Es kommen etwa 650 Mann zur Entlassung. Schon am 1. September wurden in diesem Bezirk infolge Stilllegung verschiedener Betriebe etwa 400 Mann entlassen. In Gaub soll die Produktion um 25 Prozent eingeschränkt werden. Auch hier müssen die Unternehmer keinen anderen Rat, als eine Anzahl Arbeiter zu entlassen. Im vorigen Frühjahr erklärten die Unternehmer bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit, daß sie nur dann in der Lage seien, die Betriebe aufrecht zu erhalten, wenn die neunstündige Arbeitszeit bzw. zehnstündige Schichtzeit beibehalten wird. Die Schlichtungsinstanzen glaubten den Unternehmern nicht zu verschließen zu können und hielten trotz wiederholter Einwände der Gewerkschaftsvertreter darauf, daß bei neunstündiger Arbeitszeit eine Ueberproduktion und somit Stilllegung der Betriebe eintreten wird, an der neunstündigen Arbeitszeit fest.

Die Schieferbergarbeiter in Gaub und an der Mosel sind die einzigen Bergarbeiter in Deutschland, die noch eine zehnstündige Schichtverfahren. Und trotz der Ueberproduktion halten die Unternehmer an dieser Schichtzeit fest. Sie legen lieber den ganzen Bergbau still, als daß sie die Arbeitszeit verkürzen, weil dadurch ihre Profitinteressen besser gewahrt werden. Im Schieferbergbau haben wir schon mehrmals Betriebsstilllegungen infolge Ueberproduktion erlebt. Trotzdem haben die Aufsichtsbehörden und Schlichtungsinstanzen nicht die notwendigen Schlüsse gezogen. Sie haben sich immer noch irreführen lassen durch die Behauptung der Unternehmer, daß nur bei neunstündiger Arbeitszeit bzw. zehnstündiger Schichtzeit die Betriebe aufrecht gehalten werden können, weshalb wir auch wenig Hoffnung haben, daß sie aus den jetzigen Stilllegungen die notwendigen Schlüsse ziehen.

Den Schieferbergarbeitern bleibt bei der Stellungnahme der Aufsichtsbehörden nicht erpart, in gegebener Situation die Unternehmer zu zwingen, auch im Schieferbergbau die achtstündige Schichtzeit anzuerkennen. Von Interesse ist noch zu wissen, daß auch die Betriebe an der Mosel, die aus der Knappschaft ausgeschlossen sind, eingestellt werden.

Trotz der starken Arbeitslosigkeit im Bergbau am Mittelrhein weigert sich nun der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland (Sig Röll), die Bergarbeiter in die Krisenfürsorge einzubeziehen. Einige Erzgruben wurden schon Anfang des vorigen Jahres stillgelegt bzw. haben einzelne Gruben starke Betriebsbeschränkungen vorgenommen und mehr als die Hälfte der Belegschaft entlassen. Davon ist heute noch ein großer Teil arbeitslos. Da sie ausgereizt sind, fallen sie den Wohlfahrtsämtern zur Last. Zu diesen arbeitslosen Erzgruben kamen Anfang September v. J. noch etwa 400 Schieferarbeiter hinzu und jetzt der ganze Schieferbergbau an der Mosel. Ein Antrag des Bergarbeiterverbandes an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes in Köln um Aufnahme der Bergarbeiter in die Krisenfürsorge wurde, wie erwähnt, trotzdem abgelehnt mit der Begründung, daß auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt keine ungünstige Arbeitsmarktlage vorliegt. Es bleibt unter solchen Umständen das besondere Geheimnis des Präsidenten des Landesarbeitsamtes, wann denn eigentlich die Voraussetzungen zur Aufnahme der Schieferbergarbeiter in die Krisenfürsorge gegeben sein können.

## Der Bezirk Köln im Jahre 1928.

Die Bewegung unter den Bergarbeitern im linksrheinischen Braunkohlenbergbau im Jahre 1928 ist zufriedenstellend gewesen. Der Schiedsspruch vom September 1927 brachte ab 1. Jan. 1928 eine Arbeitszeitverkürzung von 9 auf 8 1/2 Stunden, ab 1. April 1928 eine weitere Schichtverkürzung um eine halbe Stunde. Leider war es nicht möglich, für die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung den Lohnausgleich herbeizuführen. Es mußte nunmehr alles verfallen werden, beim Ablauf des Lohnvertrags im September einen angemessenen Ausgleich auch für die zurückliegende Zeit zu erlangen. Leider war es nicht möglich, eine Einigung herbeizuführen, so daß der Schlichter angerufen werden mußte. Durch Schiedsspruch wurden die Löhne nun durchschnittlich 12 Prozent erhöht, so daß die Spitzenlöhne von 80 auf 97 Pf. und von 74 auf 84 Pf. festgesetzt wurden. In der Arbeitszeitfrage konnte ein weiterer Erfolg nicht erreicht werden, da durch Schiedsspruch die jetzige Arbeitszeit bis November 1929 verlängert wurde.

Die Konjunktur in der linksrheinischen Braunkohle ist zurzeit eine äußerst günstige, so daß es den Werken nicht möglich ist, den Bedarf zu decken. Durch das Syndikat werden die Werke ständig erzwungen, die Förderung möglichst zu steigern. Im Rheinischer Erzbergbau hat sich die Wirtschaftslage auch im Jahre 1928 nicht gebessert. Die Werke arbeiten angeblich mit Unterhand und es war hier nicht möglich, eine Lohnhöhe

fest. Diese Maßnahme bedeutet eine Verlängerung der Arbeitszeit. Soweit wir unterrichtet sind, besteht noch ein Tarifvertrag, welcher die Arbeitszeit mit 7 1/2 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt regelt.

Wir empfehlen deshalb dem Herrn Steiger aus Koblenz, sich einmal mit der Arbeitsordnung und dem Tarifvertrag bekannt zu machen. Außerdem sind wir gerne bereit, ihm in dem Interesse dazu behilflich zu sein.

## Inspktion I (Emsdorf).

Das gute Einvernehmen zwischen den Ingenieuren und den Grubenbeamten wird auf Inspektion I dadurch gefördert, daß die freigebige Grubenverwaltung zu einer Feier bei Schönen- und Wurlförden sowie Freibler einladet. Die Herren Beamten — französischer wie deutscher Nationalität — sind sich einig, die Leistungen auf Kosten der Arbeiterschaft immer noch zu steigern. Auch das Festselern geschieht auf Kosten des aus den Arbeitern herausgeschundenen Profits. Unter dem Liebe: „Bei uns geht alles wie gewohnt... nabel... nabel...“, bei uns geht alles wie gewohnt...“, beenden die Ingenieure und Beamte ihre Feier.

Die Folgen werden weiteres Antreiben, Strafen und geringe Löhne für die Arbeiter sein. Wenn die Grubenverwaltung Geld übrig hat, hat sie genügend Gelegenheit, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen und die Unterstufungskasse der in Not Gerathenen damit aufzufüllen.

## Krisenunterstützung für arbeitslose Bergarbeiter auch in den Grenzbezirken des Rheingebiets.

Wie uns der Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland, Sig Röll, auf unser Schreiben vom 17. Oktober 1928 mitteilt, hat der geschäftsführende Ausschuss des Landesarbeitsamtes in seiner Sitzung vom 26. November 1928 sich mit der Krisenunterstützung der arbeitslosen Bergarbeiter der Grenzbezirke des Rheingebiets beschäftigt und in Anbetracht dessen, daß die Möglichkeit, arbeitslose Bergarbeiter in anderen Bergbaubetrieben unterzubringen, zurzeit gering ist, beschlossen, daß die Voraussetzungen für die Zuweisung der Krisenunterstützung gegeben sei.

herauszuholen. Nur durch Änderungen im Manteltarif konnten einige Verbesserungen für die Belegschaften herbeigeführt werden. Im Meckernischer Erzbergbau war es möglich, einzelnen Gruppen eine Lohnaufbesserung zu bringen, trotzdem dieses Werk auf Staatszuschüsse angewiesen ist.

Bei den Betriebsrätenwahl hat auch in diesem Jahre unser Verband die größte Zahl der Vertreter auf sich vereinigt. Die Betriebsräte versuchen nach Möglichkeit, unseren Vertretern im Betriebsrat ihre Rechte zu verschaffen. Trotzdem ist es den meisten Betriebsräten gelungen, sich bei den Verwaltungen durchzusetzen und für die Belegschaften Erfolge herauszuholen.

Die Neuwahlen der Knappschaftskassen in der Brühler Knappschaft waren für unseren Verband diesmal von besonderer Bedeutung, galt es doch, die Niederlage von 1924 wieder wettzumachen. Wenn es auch nicht möglich war, mit einem Schläge die Majorität in der Brühler Knappschaft zu erlangen, so war es uns doch möglich, unsere Mandate von 11 (im Jahre 1924) auf 26 bei den diesmaligen Wahlen zu erhöhen. In der Sprengelwahlgruppe Wenzberg (Siegerländer Knappschaft) war es uns bei der diesmaligen Wahl möglich, alle vier Sprengel für uns zu erobern.

In der Agitation haben die meisten Ortsverwaltungen große Anstrengungen gemacht. Erfolge sind erzielt und dem Verbands eine erhebliche Anzahl Unorganisierter zugeführt worden. Jetzt muß es Aufgabe der Ortsverwaltungen sein, in der Agitation nicht zu erlahmen und die gewonnenen Mitglieder als Gewerkschaftler zu erziehen. Trotz alledem ist die Zahl der Unorganisierten im Bezirk noch erheblich. Es muß auch weiter unsere Aufgabe sein, ihnen die Notwendigkeit der Organisation begreiflich zu machen. Nur mit Hilfe unserer Funktionäre wird uns das möglich sein, von denen wir hoffen, daß sie so wie im vergangenen, auch im neuen Jahre mithelfen werden. Wird das geschehen, dann werden wir im nächsten Jahre weitere Erfolge für die Bergarbeiter buchen können.

## Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im November 1928.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug die Kohlenförderung im November 1928 bei 25 Arbeitstagen 9 704 440 To., gegen 10 313 485 To. im Oktober 1928 bei 27 Arbeitstagen. Die Brettkohlerstellung belief sich im November auf 2 354 815 To., gegen 2 558 133 To. im Oktober. Die Kolkerzeugung stellte sich im Berichtsmonat auf 43 762 To., gegen 44 310 To. im Vormonat. Die arbeitsmäßige Förderung betrug im November 1928 an Kohlen 388 178 To., gegen 381 981 To. im Vormonat, an Brettkohle 94 193 To., im Vormonat 94 796 To.

Im Gebiet des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats von 1927 zeigte sich auf dem Brettkohlmärkte im Berichtsmonat eine rückläufige Bewegung. Die bedingte schlechtere Beschäftigung der Werke wirkte sich insbesondere beim Hausbrand aus und ist im wesentlichen auf die Folgen der milden Witterung zurückzuführen. Die Werke waren gezwungen, in stärkeren Mengen zu stapeln, so daß im Gebiet des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats am Ende des Monats ein Stabelfestand von 198 797 To. vorhanden war. Auch die Märkte an Industriebriketts waren gegenüber dem Vormonat wesentlich schlechter. Der Rückgang des gesamten Brikettabfahres belief sich auf etwa 234 Wagen je Arbeitstag. Bei der Kohlenförderung wurde der durch das milde Wetter bedingte geringere Wurf der übrigen Industrie durch die voll einsetzende Röhrenverarbeitung der Zunderfabriken etwas ausgeglichen. Der tägliche Mehrabsatz betrug etwa 690 Wagen.

Der Absatz an Grubebriketts bewegte sich etwa auf der gleichen Höhe des Vormonats, nämlich arbeitsmäßig 451 To. Es ist aber dennoch eine beträchtliche Zunahme der Stabelfände festzustellen.

Im Gebiet des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats hielt 1928 die günstige Konjunktur auf dem Brikett-Hausbrandmarkt auch im November an, so daß die Produktion der Werke glatt abgefegt werden konnte. Stabelfände waren nicht vorhanden. Die Abnahme der Industriebriketts waren gleichfalls befriedigend. Die Belegschaften erfuhr keine wesentliche Veränderung. Ein Mangel an Tiefbauern machte sich in sämtlichen Tiefbaubetrieben geltend.

## Tariffbewegung in Mansfeld.

In der Tariffrage der Mansfeld A.-G. wurde bezüglich des Manteltarifvertrages eine Einigung erzielt. Der alte Manteltarifvertrag wurde erneut mit einigen Verbesserungen für die Arbeiter wieder in Kraft gesetzt. Nach den Bestimmungen des neuen Manteltarifs erhalten nunmehr alle Jugendlichen Urlaub, während bisher nur die unter Tage beschäftigten Jugendlichen unter 17 Jahren Urlaub erhielten.

Besüglich des Lohnvertrags konnte eine Einigung nicht herbeigeführt werden und werden die Verhandlungen hierüber im laufenden Monat fortgesetzt.

# Kameraden!

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember 1928 die für das Jahr 1928 geltenden Beitragsmarken ihre Gültigkeit verloren haben und eingezogen werden müssen. Die Ortsverwaltungen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die für das Jahr 1928 bestimmten Beitragsmarken über den 31. Dezember 1928 hinaus unter keinen Umständen zurückgehalten und verwandt werden dürfen, da für 1929 andersfarbige Marken zur Verwendung kommen.

## Neue Wertwohnungs-Mietsverträge und Mieterhöhungen.

Die Arbeitgeber der Niederlausitz versuchen, einen neuen Streich zu spielen. In letzter Zeit rennen Wertshöfen den Wertwohnungswohnern bald die Wohnungen ein und präsentieren neue Wertwohnungsverträge (abgekürzt: W.W.). Gleichzeitig verlangen sie, daß die neuen W.W. von den Bewohnern unterschrieben und bei den Wertverwaltungen abzugeben sind. Nicht nur, daß ein W.W. abgeschlossen werden soll, sondern auch werden neue Mieterhöhungen (Wohnungsqualifikation?) von seiten des Wertes verlangt. Großer Wirrwarr ist dadurch unter den Belegschaftsmitgliedern entstanden, weil das abzuschließende Wohnungsgesetz und die neuen Mieterhöhungen untragbar erscheinen. Folgende Gesichtspunkte haben die Bergarbeiter, insbesondere die Organisierten, zu den Neuabzuschlüssen zu beachten:

Zunächst der rechtliche Standpunkt zu W.W. und Mieterhöhung. Nach § 60 Absatz 9 des Betriebsrätegesetzes fallen die Wertwohnungen unter Wohlfahrtsvereine und hat in diesen Fällen der Betriebsrat das Mitwirkungsrecht. Dieses muß so definiert werden, daß der Betriebsrat bei Abschließen neuer W.W. und neuen Mietern mit zu bestimmen hat, also seine Zustimmung geben muß. Hierzu ist auf die Entscheidung des Oberbergamts Dortmund vom 19. Dezember 1921, sowie das Urteil O. G. II 57/26 Senftenberg in Sachen Betriebsrat der Niederlausitzer Kohlenwerke, Betrieb Wilhelmshagen in Metzdorf, gegen die W.W. desselben Betriebes in Metzdorf und Urteil O. G. II 39/27 in Sachen des Betriebsrats der W.W., Betrieb Grube Anna I und II in Schipkau gegen die W.W. hinzuweisen. Es geht nicht an, daß die Begriffsbestimmungen, ob die Wertwohnungen Wohlfahrtsvereine sind, der Auffassung der Arbeitgeber überlassen werden, sondern nur allein der Wille des Gesetzgebers ist maßgebend. Wo wollte es auch hin, wenn W.W. nur mit der Zustimmung der Arbeitgeber abgeschlossen würden!

Betrachtet man die vorgelegten W.W., so erkennt man sofort die Berechtigung, dieselben als "Schwarzverträge" anzupfeifen. Die W.W.-Mieten, die fast auf sämtlichen Gruben eine erhebliche Höhe bringen sollen, können ebenfalls nicht allein vom Arbeitgeber bestimmt werden. Soll eine Veränderung in den Wertwohnungsangeboten eintreten, muß der Betriebsrat seine Zustimmung geben haben. Hierzu sei nochmals auf das Urteil O. G. II 39/27 Senftenberg hingewiesen. In vorbezeichnetem Urteil klagte der Betriebsrat gegen die W.W. in Schipkau deshalb, weil der Arbeitgeber die alleinige Wertwohnungsangebots festgelegt hatte. Die Wertverwaltung wurde betriebl. die bereits abgezogene Mietmiete mit Zinsen an die Belegschaftsmitglieder zurückzahlen. Auch die Berufungsinstanzen, Landgericht Frankfurt a. d. O., hat die eingelegte Berufung von seiten der Wertverwaltung verworfen und das vorbezeichnete Urteil als zu Recht bestehend anerkannt. Es ist aus der angeführten Rechtslage zum W.W. und Mieten ersichtlich, daß kein Belegschaftsmitglied (insbesondere die Organisierten) einen neuen W.W. unterschreiben dürfen, bevor der Betriebsrat einen solchen mit abgeschlossen hat.

Wenn nun Werte dazu übergehen, erhöhte Mieten vom Lohn abzuhalten, muß der Betreffende sich bei seinem Betriebsrat melden. Der Betriebsrat aber muß sofort mit der Wertverwaltung wegen der Ungleichheit des Mietabzuges verhandeln. Für die organisierte Bergarbeiterschaft ist es so, daß dieselben auf ihren Verbandsbüros vortreten, damit sofortige Klage eingereicht werden kann. Den Betriebsräten muß bei etwaiger Verhandlung mit der Wertverwaltung über Erhöhung der Wertwohnungsangeboten zur Beachtung empfohlen werden.

Alle Mietseinnahmen und Ausgaben müssen dem Betriebsrat vorgelegt werden. Es muß verlangt werden, daß vorbenanntes, getrennt über Arbeiter-Wertwohnungen und Beamten-Wertwohnungen vorgelegt wird. Erst nach diesem Maßstab wird es möglich sein, daß die Betriebsräte einer Verhandlung über etwaige Mieterhöhungen folgen können.

Ihr Bergarbeiter aber erseht, wie rücksichtslos die Arbeitgeber in jeder Sache vorgehen. Diese Rücksichtslosigkeit kann nur deshalb möglich sein, weil sie wissen, daß noch ein großer Teil der Arbeiter unorganisiert oder gar Wertgemeinschaftler ist. Hier ergeht erneut der Ruf an euch: Tretet ein in die freien Gewerkschaften! Für die Braunkohlenarbeiter kommt nur der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands in Frage! Noch immer trifft die schöne Dichtung zu:

„Ein Kamm macht kein Brot,  
aber sammelt die Lehren,  
die Streiter hätten keine Not,  
wenn die Hagenden nicht wären.“

## Forchtungsarbeit auf der Versuchsgrube.

Der Weirat der Versuchsgrube trat am 18. Dezember zu einer Sitzung zusammen, um einen Bericht über die bisherigen Forchtungsergebnisse entgegenzunehmen. Unter Tage hat man sich bisher ausschließlich mit Explosionen (Sprengwesen und Schlagwetter) befaßt. Bei Sprengladungen hat man hauptsächlich die Wirkung des Schußbesatzes, der Explosionsflamme und der Zündmittel aufmerksam verfolgt. Auf dem Gebiet der Schlagwetterexplosionen hat man sich mit der Entzündbarkeit des Gases und dem Verlauf der Explosion befaßt. Im Seilschneidwesen hat man

bisher wichtige Ergebnisse über Vorgänge beim Seilschneid zu verzeichnen.

Die Arbeit ist eine mühselige. Die Vorgänge werden teils durch Lichtbilder, teils durch besonders konstruierte Meß- und Aufzeichnungsapparate beobachtet und festgestellt. Die bisherigen Ergebnisse sind von weittragender Bedeutung und zeigen, wie notwendig die Errichtung eines Versuchsbetriebes war. Es werden noch gewisse Umänderungen der bisherigen Ergebnisse abgewartet. Dann soll noch eine Sitzung des Weirats stattfinden, bevor die Ergebnisse der Öffentlichkeit, soweit dies angängig erscheint, unterbreitet werden.

Die Ergebnisse werden sehr wahrscheinlich zu Änderungen der bisherigen Vorschriften führen. Wir werden später auf Einzelheiten eingehen. Mittlerweile haben wir die Betriebsräte des Ruhrgebietes über ihre Erfahrungen und Ansichten im Sprengwesen befragt. Die Antworten sind reichlich eingegangen. Das Material wird uns bei künftigen Beratungen gute Dienste leisten.

## Deutsch-französischer Austausch junger Arbeiter oder Angestellten.

Im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 29 wird ein Abkommen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über den Austausch von Arbeitern oder Angestellten veröffentlicht. Das Abkommen ist in dem Bestreben, die beruflichen und sprachliche Fortbildung deutscher und französischer Arbeitnehmer zu fördern, geschlossen worden. Von den Bestimmungen des Abkommens sollen nachfolgend die wichtigsten wiedergegeben werden:

Die Zahl der Zulassungen, die an männliche und weibliche Angehörige unter 30 Jahren jedes der beiden Staaten erteilt werden, darf jährlich 500 nicht übersteigen. Die Arbeitnehmer können zu den zuständigen Stellen nur dann zugelassen werden, wenn die Arbeitgeber, die sie beschäftigen wollen, sich gegenüber diesen Stellen verpflichten, die Personen nach Tarif, oder wo keine Tarife bestehen, nach den örtlichen und berufsspezifischen Sätzen zu entlohnen. Andernfalls müssen die Arbeitgeber sich verpflichten, die Tätigkeit der Arbeitnehmer nach ihrem Wert zu vergüten. Die Vereinbarung bleibt bis zum 31. Dezember in Kraft. Sie verlängert sich stillschweigend um ein weiteres Jahr, sofern sie nicht durch einen der beiden Staaten vor dem 1. Oktober für den Schluß des Jahres gekündigt wird.

Die Zahl der Zulassungen (500) verteilt sich bis auf weiteres auf die deutschen Arbeitnehmer wie folgt:

- 1. für das Hotel- und Gastwirtspersonal etwa 200 Zulassungen;
- 2. für kaufmännische und technische Angestellte etwa 220 Zulassungen;
- 3. für Facharbeiter etwa 80 Zulassungen.

Die Anträge der deutschen Arbeitnehmer sind an das zuständige örtliche Arbeitsamt zu richten. Hierfür sind besondere Vorbrudr für die oben bezeichneten Berufsgruppen zu benutzen. Das Arbeitsamt prüft, ob die Voraussetzungen der deutsch-französischen Vereinbarungen vorliegen und leitet den Antrag an das Landesarbeitsamt weiter. Stimmt das Landesarbeitsamt dem Antrage zu, so geht er über die deutsche Austauschstelle — alle Berufsgruppen ausschließlich des Hotel- und Gastwirtsgebietes an das Arbeitsamt B o n n, für das Hotel- und Gastwirtsgebiet an das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland, Baden-Waden — an die französische Austauschstelle. Sobald die Entscheidung dieser Stelle vorliegt, wird der Bewerber von der deutschen Austauschstelle benachrichtigt.

Dieses Abkommen zwischen den beiden Regierungen ist sehr zu begrüßen. Der Austausch junger Hand- und Kopparbeiter trägt nicht nur zur sprachlichen und beruflichen Fortbildung bei, sondern auch zum Näherkommen der beiden Völker.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Gewerkschaftsjubililar Heinrich Bartels, Dortmund.

Heinrich Bartels (Dortmund), der am 9. Mai 1928 sein 60. Lebensjahr vollendete, konnte am 1. Januar auf eine 52jährige Tätigkeit im Bergbauindustriearbeiterverband zurückblicken. Heinrich Bartels war vor seiner Anstellung jahrelang ehrenamtlich in Dessel und Warten (Kreis Dortmund) für die Gewerkschaft und Partei tätig. Von 1894 bis 1902 fungierte er als Bezirksvertrauensmann der SPD, von 1902 bis 1904 als Kreisvertrauensmann und zugleich als Vorsitzender der Pressekommission. Vor 25 Jahren war die Anstellung eines Gewerkschaftsgenossen im freien Verbände noch ein Ereignis. Sie bedeutete selten eine wirtschaftliche Besserstellung, dafür aber eine Anerkennung der vordem geleisteten jahrelangen Partei- und Gewerkschaftsarbeit. Heinrich Bartels war von Beginn 1904 bis Frühjahr 1905 als Expedient in der „Bergarbeiter-Zeitung“ in Bochum tätig. Nach dem großen Streik der Ruhrbergarbeiter im Jahre 1905 wurde er als Bezirksleiter des Dortmunder Bezirkes gewählt. Er füllte diesen Posten noch bis auf den heutigen Tag aus. Die Entwicklung unseres Verbandes hat er seit dessen Gründung bis auf den heutigen Tag miterlebt und zum guten Teil daran mitgewirkt. Wir beglückwünschen unseren Jubililar und hoffen, daß er der nachtreibenden Jugend zum leuchtenden Vorbild dienen wird.

## Zur Gründung von Wertgemeinschaften im Gellertal.

Die Verwaltung der Grube Cäcilie in Lügendorf gibt sich seit Jahren die größte Mühe, eine Wertgemeinschaft zusammenzutrommeln. Der gesunde Verstand der Belegschaft, die sehr gut im Bergarbeiterverband organisiert ist, magte aber alle Anstrengungen zunichte. Deshalb verteilte sogar die Wertverwaltung, wahrscheinlich auf Anraten von Steinborn, 22 Haken unter Ihren Getreuen. Wenn das nicht zieht, dann wissen wir nicht, wie es gemacht werden soll! Dieser Herr Steinborn, bekannt durch die von ihm als Strohmännchen unterzeichneten blödsinnigen Flugblätter, holte sich erst vor kurzem bei der Knappheitswahl noch eine gründliche Abfuhr.

Die Wertgemeinschaft Weuna, die von dem gelben Bruder Steinborn geleitet wird, wurde sogar gleich nach der Knappheitswahl zum großen Teil aufgelöst, weil die Mitglieder von ihrem Wahlsrecht Gebrauch gemacht hatten. Trotzdem die Verwaltung der Grube Weuna die Wertgemeinschaftler mit höheren Löhnen, mit Siedlerhäusern, die aus Mitteln der Kohlenverbraucher erbaut wurden, reichlich beschenkt, wählten die Bergleute zu 95 Prozent Kandidaten des Bergarbeiterverbandes als Vertreter.

Auf der Grube Elisabeth in Wöddering müssen nach Mitteilungen alle neuangelegten Bergleute erklären, ob sie in den Fußballverein oder Gesangverein eintreten wollen. Beide Vereine werden nämlich sehr stark von der Wertverwaltung propagiert und unterstützt in der Hoffnung, dort gute Selbstenagitation treiben zu können.

Auf allen Gruben des Gellertals, mit Ausnahme von Emma, Pauline und Otto-Tannenberg werden die größten Anstrengungen gemacht, um die Bergleute aus dem Bergarbeiterverband heraus in die goldenen Wertvereine hineinzulocken. Geld spielt dabei keine Rolle. Nur wenn die Bergleute höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit verlangen, dann redet man von der „Rentabilität“ der Werke und behauptet, daß der Braunkohlenbergbau bankrott macht, wenn die Löhne erhöht oder die Arbeitszeit verkürzt würde.

Kameraden! Der Kampf im Westen zeigt uns, was die Unternehmer vorhaben! Die Braunkohlenwerkbesitzer sind keinen Deut besser als die Eisenbarone. Auch euch möchte man gerne einen Vernichtungskampf anbieten. Deshalb finanziert man Wertgemeinschaften, um die Arbeiterschaft zu spalten. Wört nicht auf die Lockrufe der Steinborn und Konsorten. Mit Sped fängt man Mäuse und mit Wertgemeinschaften die Bergleute. Seid einig und tretet ein in die Kampffront eurer organisierten Kameraden und helft mit, um für euch und eure Familien ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

## Unfere Toten

Zahlstelle Stiegenortmund. Am 16. Dezember 1928 haben wir unseren lieben Kameraden Fritz Schwaerz zur letzten Ruhe gebettet. Er war 21 Jahre lang als Kassierer in der Zahlstelle tätig und hatte das Vertrauen der Kameraden voll und ganz. Auch als Gemeindevorteiler tat er seine Pflicht. Als Reichsbanner- und Parteigenosse stand er auch seinen Mann. Auf Jahre Malie war er längere Jahre Betriebsratsmitglied. Auch da sprang er ein, wo es galt, seinen Kameraden zu nützen. Wir verlieren somit einen guten Funktionär. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Ruhe sanft! Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Teuschnitz. Von einer schweren Krankheit befallen, ist nach vierzehntägiger ununterbrochener Krankheitsdauer unser alter und treuer Mitglied Johann Wehner am 20. Dezember verstorben. Obwohl er sich bei Ausbruch des thüringischen Schieferarbeiterstreiks, der um Lohn- und Arbeitsverbesserungen geführt wurde, schon krank fühlte, ließ er es doch seines Zustandes sich nicht nehmen, sich mit seinen Kameraden in die vorderste Reihe zu stellen. Jahrzehntlang widmete er seine ganze Kraft der Arbeiterbewegung und war stets ein Vorbild für die jüngere Generation. Mitzu früh ist er von uns geschieden. Die Zahlstelle Teuschnitz wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Zahlstelle Weitsberga. Unser Mitglied und guter Kamerad Hermann Wehler ist am 15. Dezember infolge schweren Lungenleidens verstorben. Als Gründer unserer Bewegung im thüringischen Schieferbergbau im Jahre 1912 bleibt uns der Kamerad im treuen Gedenken. Trotz aller Anfechtung der Gegenseite hielt unser Kamerad an seinem Standpunkt fest, so daß es auch nach dem Kriege gelang, durch seine Mühseligkeit unsere Organisation zum Aufblühen zu bringen. Wir werden seiner stets ehrend gedenken!

## Verbandsnachrichten.

### Bücherrevision.

Buchum-Höbel. Im Januar. Die Mitglieder werden ersucht, die Bücher in Ordnung zu bringen. Für die Restanten kommen die statutarischen Bestimmungen zur Anwendung.

### Auszahlung von Unterstufungen.

Teuschnitz. Die Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erfolgt jetzt jeden ersten und dritten Sonntag im Monat von 12 bis 14 Uhr. Die Unterstützungsausweise sind zwecks Antragstellung beim Vertrauensmann J. Raab 226 an den genannten Tagen vorzulegen.

## 32 Jahre magenleidend

war Herr G. Z... aus Sarstedt i. Hann. — Er nahm regelmäßig den bekannten und heilbewährten Philippsburger Herbaria-Magenbittertee und gesunde! Sein nachstehend abgedrucktes Dankschreiben und die vielen anderen täglich eingehenden Anerkennungen empfehlen diesen Heilkräutertrank so sehr, daß wir nichts hinzuzufügen brauchen. Herbaria-Magenbittertee ist ein ausgezeichnetes und vielbewährtes Naturheilmittel bei Magenschwäche, Magensäure-Überschuß, Sodbrennen, Magen- und Darmkatarrh, Verdauungsschwäche, Magendrücken und vielen anderen Magenleiden.

Herr G. Z... Sarstedt i. Hann., schreibt: ...leide seit meinem 21. Lebensjahr an Magenweiterung, mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, die bei Durchleuchtung Magengeschwüre feststellte. ...nahm regelmäßig Herbaria-Magenbittertee, erzielte dadurch Ausbleiben der Magenschmerzen und Steigerung des Appetits. Ihr Herbaria-Magenbittertee hat mich von meinem 32-jährigen Magenleiden völlig befreit!

Kur: 6—12 Pakete. Preis pro Paket M. 3.— zuzügl. M. 0,20 Porto. Bestellungen (zweckmäßig wegen Portoausnutzung nicht unter 3 Paketen!) richte man an die Herstellerfirma, worauf Zustellung durch die zuständige Apotheke erfolgt. Nachahmungen bitte zurückweisen, nur die Marke »Herbaria« ist echt!

Alleiniger Hersteller:

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg M 401 (Baden).

Bestimmte aber in: Bochum: Alte Apotheke und Einhorn-Apotheke, Dortmund: Burgtor- und Hermann-Apotheke, Düsseldorf: Rathaus- und Hirsch-Apotheke, D.-Hörde: Aar-Apotheke, Duisburg: Apotheke W. Böhrer, Central-; Johanniter- und Löwen-Apotheke, Eiderfeld: Reichsadler- und Schwanen-Apotheke, Essen: Adler-, Bahnhof-, West-, Einhorn-, Engel-, Hirsch- und Löwen-Apotheke, E.-Bergeborbeck: Löwen-Apotheke, Hagen i. W.: Hohenzollern- und Viktoria-Apotheke, Hamburg-Brocken: Marien-Apotheke, Hamm: Adler- und Hirsch-Apotheke, Herten: Rathaus-Apotheke, Krefeld: Delphin-, Hirsch- und Rosen-Apotheke, M.-Gladbach: Adler-Apotheke, Soest: Engel-Apotheke, Solingen: Schwanen-Apotheke, Viersen: Adler-Apotheke, Witten: Germania-Apotheke.

